

## Wahlprüfsteine

### Landtagswahlen Rheinland-Pfalz 2016



VRB-Haupt-  
versammlung  
am 10. März 2016  
Fridtjof-Nansen-Akademie  
Ingelheim

**VRB im Gespräch mit Ministerin Reiß:** Großes Vertrauen in Lehrerinnen und Lehrer  
**Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz:** Reale Bildung in Politik angekommen  
**Schule und Recht:** Umgang mit Geschenken und Zuwendungen  
**VRB-Bezirksversammlungen:** Parteien auf den Zahn gefühlt  
**KlarText vor der Wahl:** Gute Schulen brauchen eine gute Bildungspolitik

# Inhalt der Ausgabe Februar 2016

<b>Titelthema</b>	
▶ <b>Wahlprüfsteine:</b>	
Landtagswahlen Rheinland-Pfalz 2016 .....	5
<b>Bildungspolitik</b>	
Pinnwand .....	17
<b>VRB-Verbandsarbeit</b>	
▶ VRB im Gespräch mit Bildungsministerin Vera Reiß: „Ich habe großes Vertrauen und Zutrauen in unsere Lehrerinnen und Lehrer“ .....	18
VRB im Gespräch mit der CDU: Schulpolitik muss Anreize bieten .....	20
dbb-Herbsitzungen: Zustrom der Asylbewerber Vorrangthema .....	21
SchuleWirtschaft: Zukunftsorientierung Realschule plus und Integrierte Gesamtschule .....	22
<b>Schule in Rheinland-Pfalz</b>	
Pinnwand .....	24
▶ Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz: Reale Bildung in der Politik angekommen .....	24
Kommentar: Werbung für duale Ausbildung .....	25
Pädagogische Gespräche: Zum Abschluss „Orientierung bieten“ .....	26
Philologenverband Rheinland-Pfalz: Cornelia Schwartz zur neuen Vorsitzenden gewählt .....	28
VRB-Interview mit Manfred Schabowski: „Unsere Anliegen werden gehört!“ .....	29
VRB-Interview mit Dr. Sabine Rech: Fachoberschule Gesund- heit – Schulabschluss ermöglicht Medizinstudium .....	30
<b>Schule und Recht</b>	
Pinnwand .....	32
▶ VRB-Justiziarin Antonia Dufeu: Umgang mit Geschenken und Zuwendungen – Was darf ein Lehrer annehmen? .....	33
<b>Beruf Lehrer</b>	
Pinnwand .....	35
<b>Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik</b>	
Pinnwand .....	36
<b>VRB-Bezirke</b>	
<b>VRB-Bezirksversammlungen:</b> Den Parteien auf den Zahn geföhlt .....	37
<b>Bezirk Trier:</b> Schülerzeitung „IGEL“ ausgezeichnet .....	39 ◀
<b>Bezirk Neustadt:</b> Personalräte-Fortbildung: Kollegialer Austausch stand im Zentrum der VRB-Fortbildung .....	40
<b>Bezirk Koblenz:</b> Personalräte-Fortbildung: Information bieten und Austausch ermöglichen! .....	41
<b>Kurz notiert: Termine, Service und Internes</b>	
Geburtstagswünsche .....	42
Kindergeld-Neuregelung seit 1. Januar 2016 .....	43
Würdigung: Klaus-Peter Wyrwoll zum 80. Geburtstag .....	44
<b>KlarText!</b>	
Vor der Wahl: Gute Schulen brauchen eine gute Bildungspolitik .....	46 ◀



## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

### Landesvorsitzender

Bernd Karst  
Grolsheimer Weg 5  
55411 Bingen  
Tel: 0 67 21 / 99 49 99  
bernd.karst@vrb-rlp.de

### Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12 / 965 73 31  
schatzmeister@vrb-rlp.de

### Redaktion

Michael Eich  
Trifelsstraße 1a  
76751 Jockgrim  
Tel: 0 72 71 / 12 92 74  
michael.eich@vrb-rlp.de

### Layout

Daniela Boudgoust  
www.bizzdesign.de

### Auflage und Druck

5.000 Stück,  
flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (michael.eich@vrb-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2016 ist zwar noch jung, es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass es ein herausforderndes Jahr werden wird – nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingszahlen. Wegen der anstehenden Landtagswahlen in Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz ist dieses Thema allgegenwärtig und verdrängt inzwischen andere Probleme aus der öffentlichen Wahrnehmung, die uns in unseren Schulen nicht weniger herausfordern. Dem treten wir als Verband Reale Bildung entgegen.

Wir alle fragen uns „Wie wird es nach den Landtagswahlen bildungspolitisch weitergehen? Kommt die nächste Schulstrukturreform? Löst sich die neu gewählte Landesregierung von einem nach unserem Verständnis viel zu engen Inklusionsbegriff? Wie wird die Wertigkeit unserer Bildungsabschlüsse gesichert, sodass Ausbildungs- und Studierreife gewährleistet bleiben? Werden wir Lehrerinnen und Lehrer endlich von bürokratischen und unterrichtsfernen Aufgaben befreit, sodass wir unsere Kernaufgabe, anspruchsvollen Unterricht zu gestalten, unbelastet bewältigen können?“ Diese und weitere Fragen, liebe Leserinnen und Leser, bestimmen unseren Schulalltag. In Form von Wahlprüfsteinen haben wir sie SPD, CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie der FDP vorgelegt. Die Antworten der Parteien sowie ihre bildungspolitischen Zielsetzungen können Sie im Titelbericht dieser Ausgabe nachlesen.

Im Zeichen der im Jahr 2016 zu erwartenden Herausforderungen und der Weiterentwicklung der Realschule plus stand auch das Gespräch, das wir kurz vor dem Jahreswechsel mit Bildungsministerin Vera Reiß geführt haben. Lesen Sie, warum für Ministerin Reiß das „Plus“ bei der „Realschule plus“ absolut berechtigt ist und warum sie Vertrauen in uns Lehrerinnen und Lehrer hat.

Bereits im letzten Jahr war ein Umdenken in Sachen Bildungsabschlüsse zu erkennen. Es ist noch gar nicht so lange her, da feierten Medien, Politik und Wirtschaft, dass immer mehr junge Menschen das Abitur und einen Hochschulabschluss anstreben. Inzwischen greift Ernüchterung um sich, und es wird die Frage gestellt, ob die jungen Menschen und die Gesellschaft insgesamt von dieser Entwicklung profitieren. Der VRB wies bereits in der Ausgabe 03/2014 auf die negativen Folgen eines unreflektierten „Aka-demisierungswahns“ hin. Inzwischen ist „Reale Bildung“ – das Kernanliegen unseres Verbandes – in der Politik angekommen. Lesen Sie, wie Wilfried Rausch in einem Kommentar einordnet, dass Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsidentin Dreyer auf dem Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz für

die Duale Ausbildung werben.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie halten die letzte Ausgabe in Ihren Händen, die ich als Redakteur in dieser Legislaturperiode zu verantworten habe. Im März wird nicht nur eine neue Landesregierung gewählt, sondern auch ein neuer VRB-Landesvorstand. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei den vielen Unterstützern unserer Redaktion zu bedanken. Erst das ehrenamtliche Engagement vieler lieber Kolleginnen und Kollegen macht „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ zu dem, was es für mich von verschiedenen anderen Publikationen wohltuend unterscheidet: Eine Verbandszeitschrift aus der Praxis für die Praxis. Liebe Leserinnen und Leser, das wird auch nach unserer Hauptversammlung am 10. März so bleiben.

Angenehme Lektüre wünscht Ihnen




## Bildung real zukunftsorientiert Einladung zur Hauptversammlung am 10. März in Ingelheim



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wenn wir Lebensbereiche mitgestalten und weiterentwickeln wollen, dann finden wir in Interessenverbänden und Parteien die besten Einflusschancen. Allein sind wir schwach, vereint aber mächtig oder doch zumindest geschützt. Eine Berufsgruppe, die sich nicht zusammenschließt, gibt ihr Mitbestimmungsrecht auf. Schulpolitisch wird es immer deutlicher, wie unentbehrlich eine Vertretung für Lehrkräfte ist, die sich in der realen Bildung engagieren.

### Mitgestalten macht Freude

Für die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben brauchen wir viel Teamgeist und Solidarität. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten im Verband Reale Bildung mit. Sie sind davon überzeugt, dass solidarisches Handeln die Bewältigung der immens gewachsenen Aufgaben und das Angehen der schwieriger gewordenen Herausforderungen wesentlich erleichtert. Die Verbandsarbeit erdrückt nicht, sie macht Freude. Mitgestalten zu können, auf welcher Ebene auch immer, kann ein Teil Lebenserfüllung bedeuten. All jenen, die unsere Verbandsarbeit auch in dieser Wahlperiode im Delegiertenamt oder in den verschiedenen Gremien ehrenamtlich getragen und mitbestimmt haben, möchte ich auch an dieser Stelle sehr herzlich danken.

### Reale Bildung ist anspruchsvoll

Im Namen des Landesvorstandes möchte ich Sie zur Teilnahme an der Hauptversammlung nach Ingelheim einladen.

Das Motto der Hauptversammlung steht über den Tag hinaus. Reale Bildung prägt die lange Geschichte unseres Verbandes. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt ist auf das schulische Angebot realer Bildung angewiesen. Vor diesem Hintergrund gilt es, der Realen Bildung einen höheren Stellenwert einzuräumen. Gleichmaßen haben unsere Kolleginnen und Kollegen, die Reale Bildung vermitteln, sei es an den Realschulen plus oder an den Gesamtschulen, Anspruch auf angemessene Wertschätzung,

Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten.

Der VRB ist auf den Schulerschluss aller Lehrkräfte angewiesen, die sich diesem Anliegen verpflichtet fühlen. So bitte ich Sie, mit Ihrer Teilnahme am Landesrealerschultag ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

### Vor den Landtagswahlen: VRB-Hauptversammlung bietet bildungspolitisches Forum

Die aktuelle politische Stimmung in Rheinland-Pfalz ist schwankend. Chancen auf den Landtagseinzug haben aktuellen Umfragen zufolge bis zu sechs Parteien. Die Erfahrung zeigt, dass sich kurzfristige Ereignisse entscheidend auf die Wahlergebnisse auswirken können. Die primäre Zuständigkeit der Bundesländer für das Schulwesen macht den Ausgang von Landtagswahlen besonders spannend für Schüler, Eltern und Lehrer. Sie wollen wissen: Welche bildungspolitische Zukunft verbinden die Parteien und ihre Kandidaten mit der Übernahme einer Regierungsverantwortung?

Die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift fühlt den Parteien auf den Zahn. Die Wahlprüfsteine thematisieren Fragen rund um Schule. Deren Beantwortung sowie die Aussagen der auf der Hauptversammlung vertretenen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker mögen Ihre Wahlentscheidung erleichtern. So freue ich mich, Sie am 10. März, drei Tage vor den Landtagswahlen, auf unserer Hauptversammlung begrüßen zu dürfen.

Joh  
Beard Karn

Ein friedliches Miteinander ist ohne wechselseitige Toleranz und Mitmenschlichkeit nicht möglich. Gegenseitige Achtung, Hilfsbereitschaft und ein friedfertiger Umgang im täglichen Leben sind unverzichtbare Werte, welche auch in der Schule vermittelt werden. Der VRB wendet sich daher entschieden gegen jede Art von Gewalt und Intoleranz.

► LANDTAGSWAHLEN RHEINLAND-PFALZ 2016

# Wahlprüfsteine

Mit der Anordnung der Antworten der Parteien auf unsere Fragen wollen wir eine Lesehilfe bieten. Die Antworten der Regierungsparteien sind für einen möglichen direkten Vergleich den Antworten der Oppositionsparteien gegenübergestellt worden. Andererseits können in der Anordnung deutlicher die Unterschiede innerhalb der Regierungs- und Oppositionsparteien zutage treten.

Die Wahlprüfsteine sind in den Sommerferien in einer LHV-Sitzung verabschiedet worden. Wir haben in dieser Sitzung aufgrund der Umfrageergebnisse die Parteien festgelegt, denen wir unsere Wahlprüfsteine dann vorgelegt haben.



## WAHLPRÜFSTEIN #1: SCHULSTRUKTUREREFORM

Rheinland-Pfalz hat mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 eine Schulstrukturereform umgesetzt.

Wie beurteilt Ihre Partei die rheinland-pfälzische Schulstrukturereform?

**SPD**

Mit der Schulstrukturereform hat Rheinland-Pfalz die erforderliche Konsequenz aus dem Elternwahlverhalten und der demografisch bedingten Schülerzahlentwicklung gezogen und mit der Einführung von Realschulen plus und dem bedarfsgerechten Ausbau von Integrierten Gesamtschulen längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Damit wird auf die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft reagiert, die individuelle Förderung ausgebaut und mit der Einrichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus die Aufstiegsorientierung nachhaltig gestärkt. Es ist erfolgreich gelungen, die Schulstrukturereform mit allen Beteiligten, den Schulen, den Eltern und den Schulträgern, umzusetzen.



Die Schulstrukturereform zu Beginn des Schuljahres 2009/10 wurde von der SPD-Regierung unter Ministerpräsident Kurt Beck umgesetzt. Wir GRÜNE haben die Schulstrukturereform „Realschule plus“ kritisch gesehen (vgl. Programm zur Landtagswahl 2011 – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 68), da sie eine versteckte Weiterführung der Trennung von Haupt- und Realschule ermöglicht. Wir GRÜNE wollen eine Schule für alle, in der Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen länger mit- und voneinander lernen können. Dafür werben wir um politische und gesellschaftliche Mehrheiten.

**CDU**

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Schulstrukturereform von 2009 an abgelehnt. Im Abstand der Jahre sehen wir uns bestätigt. Denn die Schulstrukturereform hat ihre selbstgesteckten Ziele eindeutig verfehlt. Ein maßgebliches Ziel war es, die Schulstruktur demografiefest zu machen. Dieser Ansatz ist gescheitert. Denn eine Vielzahl der Realschulen plus unterschreitet dauerhaft die Dreizügigkeit und noch vor Ende der Einführungsphase wurde bereits wieder über die Schließung einiger Realschulen plus gesprochen. Das ist ein fatales Signal der rot-grünen Landespolitik. Auch kleine Realschulen plus brauchen eine Bestandsperspektive. Den Schulträger zwischen geforderter Dreizügigkeit und der Realität allein zu lassen, ist unredlich und schadet den Entwicklungsmöglichkeiten der Schule. Wir hatten damals zudem die unterschiedliche rechtliche Stellung von Realschule plus und Gesamtschule kritisiert. Die Praxis zeigt, dass dadurch eine dauerhafte Ungleichbehandlung zulasten der Realschulen plus entstanden ist. Schließlich war es ein Fehler, die Realschule als eigenständige Schulart abzuschaffen. Sie war eine attraktive Schule, die ohne Not abgeschafft wurde.

**Freie Demokraten**  
FDP

Kernpunkt der von der damaligen SPD-geführten rheinland-pfälzischen Landesregierung umgesetzten Schulstrukturereform war die Zusammenführung von Haupt- und Realschule in der neuen Schulform „Realschule plus“. Die FDP begrüßt, dass mit der „Realschule plus“ viele Wege für eine spätere berufliche Orientierung ermöglicht werden – und damit die berufliche Bildung als der akademischen Bildung gleichwertig angesehen wird.



### WAHLPRÜFSTEIN #2: REALSCHULE PLUS

Mit der Einführung der neuen Schulart Realschule plus, die die bisherigen Haupt- und Realschulen zusammengeführt hat, wollte Rheinland-Pfalz eine attraktive Schule mit besten Fördermöglichkeiten und hoher Durchlässigkeit schaffen.

#### Hat die Realschule plus die Erwartungen erfüllt?

**SPD**

Die Realschule plus hat die Erwartungen erfüllt. Die Wahlpflichtfächer in der Realschule plus kommen möglichst vielen Neigungen unserer Schülerinnen und Schülern entgegen. Die Realschulen plus bieten eine klare Aufstiegsorientierung und die einzelnen Bildungsabschlüsse bleiben so lange wie möglich für alle Schülerinnen und Schüler offen. Sie können immer wieder während ihrer Schulzeit den höheren Bildungsgang erreichen. Die Realschule plus gibt eine passende Antwort auf die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler. Dies zeigt sich an den 142 Realschulen plus, die Ganztagschulen in Angebotsform sind. Damit hat das Land eine Versorgung von nahezu 81 Prozent erreicht. Außerdem profitieren an den 73 Realschulen plus, die Schwerpunktschulen sind, alle Schülerinnen und Schüler vom inklusiven Unterricht.

werden. Die Hauptschule hat man abgeschafft, die pädagogischen Herausforderungen der ehemaligen Hauptschüler sind dadurch nicht verschwunden. Im neuen System der Realschule plus wurden aber der einzelnen Schule zu wenige Unterstützungsmöglichkeiten geboten, um dieser bleibenden Aufgabe gerecht zu werden. Die Stundenkontingente, die über die Abdeckung der Pflichtstunden hinaus gehen, werden oftmals durch den strukturellen und im konkreten Alltag auch durch den temporären Unterrichtsausfall oder den Bedarf an Klassenmehrbildungen aufgezehrt. Die Klassengrößen sind im Vergleich zu den ehemaligen Hauptschulen noch immer in vielen Bereichen größer. Unter diesen Voraussetzungen ist es bemerkenswert, welche pädagogische Arbeit dennoch an den Realschulen plus geleistet wird. Um die Schulart aber dauerhaft zu stabilisieren, muss das „plus“ mit Leben gefüllt werden.


 BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Die GRÜNEN beantworten diese Frage im Zusammenhang mit Wahlprüfstein Nummer 3.


 Freie  
Demokraten  
FDP

Viele Realschulen plus verzeichnen rückläufige Anmeldezahlen, während der Zustrom auf die Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen eher größer geworden ist. Dem gilt es entgegen zu wirken. Die FDP fordert, das Image der Realschulen plus in einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne zu verstärken, in der die Vorzüge dieses schulischen Angebotes herausgestellt werden. Das heißt konkret eine Abkehr von der Propagierung des Abiturs als einzigem Weg zu beruflichem Erfolg.

**CDU**

An den Realschulen plus wird hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Die Lehrerkollegien haben sich mit großem Engagement der pädagogischen Ausgestaltung der neuen Realschule plus gewidmet. Doch viele Versprechungen konnten nicht gehalten



### WAHLPRÜFSTEIN #3: REALSCHULE PLUS UND FACHOBERSCHULE

Verändertes Schulwahlverhalten und schwindende Akzeptanz der Hauptschulen auf Elternseite waren entscheidende Beweggründe zur Reform in Richtung eines zweigliedrigen Schulsystems.

#### Muss der Reformansatz nicht auch an Realschulen plus ein 13. Schuljahr zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife beinhalten?

**SPD**

Mit der Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife an Realschulen plus mit Fachoberschule wurde ein attraktives Angebot geschaffen, das hohe Akzeptanz genießt. Damit sind wir einen großen Schritt zur Profilbildung an Realschulen plus gegangen. Die große Stärke der Realschulen plus liegt u. a. auch in der Berufsorientierung. Die Verknüpfungen zum dualen System sind von großer Bedeutung.

gaben möglichst lange ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Dieser Ansatz ist eng mit unserem Verständnis von Inklusion verbunden: Alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, sollen aus unserer Sicht individuell gefördert werden. Wir GRÜNEN sehen in dieser Hinsicht weiteren Entwicklungsbedarf und halten Schulformen, bei denen mehrere Abschlüsse unter einem Dach angeboten werden auch für eine adäquate Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Deshalb muss das Land gemeinsam mit den Schulträgern Wege zur Errichtung weiterer Gesamtschulen ebnen und bestehenden Schulen die Weiterentwicklung zur Gesamtschule ermöglichen.


 BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE verfolgen das Ziel, das Modell von einer Schule für alle auszubauen. Das bedeutet, Kindern mit unterschiedlichen Be-

**CDU**

Die Fachoberschule zeigt beispielhaft, dass der schulische Weg über die Realschule plus nicht nach Klasse 10 beendet ist. Stattdessen bieten sich vielfache Wege bis hin zur allgemeinen Hochschulreife. Dies muss nach Ansicht der CDU noch viel deutlicher herausgestellt werden. Die Fachoberschule führt mit einem starken Praxisbezug zur Fachhochschulreife. Damit passt sie von ihrem Profil her sehr gut zur Realschule plus. Eine erfolgreiche Ausweitung der Fachrichtung kann sinnvoller Weise nur in Abstimmung

mit den berufsbildenden Schulen, den Betrieben der Region und den Kammern erfolgen.

Die Einführung eines 13. Schuljahres an Realschulen plus ist nach Meinung der FDP nicht zwingend notwendig, da sich Gymnasien und Realschulen plus sowohl hinsichtlich ihres Profils als auch ihrer Zielvorstellungen unterscheiden.



#### WAHLPRÜFSTEIN #4: FACHOBERSCHULE

Die Fachoberschulen können in Rheinland-Pfalz nur in den Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit und Soziales (Schwerpunkt Gesundheit) und Technik (Schwerpunkt Metalltechnik und Technische Informatik) angeboten werden.

**Hat sich diese Beschränkung auf drei Fachrichtungen bewährt?**

**SPD**

Die drei Fachrichtungen haben sich bewährt, denn sie schließen an die Wahlpflichtfächer der Realschulen plus an und ermöglichen eine enge Verzahnung mit der Fachoberschule. Außerdem ist das fachrichtungsbezogene Angebot der Fachoberschule nicht isoliert zu betrachten, sondern muss in der Gesamtheit aller Wahlschulbildungsgänge der Berufsbildenden Schulen gesehen werden. Selbstverständlich wird aber auch in Zukunft immer geprüft werden müssen, ob Veränderungen im Angebot sinnvoll sind, um die aktuellen Bedarfe am Arbeitsmarkt abzubilden.

Perspektive auf eine Berufsausbildung bieten und setzen uns daher in der kommenden Legislaturperiode verstärkt für den Ausbau beruflicher Weiterqualifizierungsangebote ein. Allerdings sollte vermieden werden, dass sich Angebote im (berufsbildenden) Bildungssystem gegenseitig Konkurrenz machen, sodass eine Beschränkung auf bestimmte Fachrichtungen zur Wahrung des erheblich ausdifferenzierten Bildungsangebots an den Berufsbildenden Schulen von Vorteil sein kann.

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass die Fachoberschule (FOS) einen zentralen Beitrag zur beruflichen Qualifikation leistet und eine institutionelle Anbindung an die Realschule plus pädagogisch sinnvoll ist. Prinzipiell setzen wir GRÜNE uns für eine hohe Durchlässigkeit im Bildungssystem ein, da die Übergänge von der Schule in das Berufsleben insbesondere für junge Menschen sehr richtungsweisend sind. Wir wollen Jugendlichen eine klare

**CDU**

Die CDU beantwortete diese Frage im Zusammenhang mit Wahlprüfstein Nummer 3.

Die Erfahrung mit FOS an Realschulen plus sind erst seit kurzem vorhanden. Es ist daher noch zu früh, um hier zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Vom Grundsatz her aber halten wir die Schwerpunktsetzung für breit genug angelegt.



#### WAHLPRÜFSTEIN #5: INKLUSION

Die UN-Behindertenkonvention verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, eine gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder zu ermöglichen. Rheinland-Pfalz hat durch eine Gesetznovelle 2014 die Weichen zur Umsetzung der Inklusion gestellt.

**Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt? Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag?**

**SPD**

Die SPD beantwortet diese Frage im Zusammenhang mit Wahlprüfstein Nummer 6.

besonderen Bedeutung der Inklusion und der wichtigen Rolle, die entsprechend qualifizierten Lehrkräften zum Gelingen einer inklusiven Beschulung zukommt, bedarf es einer Rechtsgrundlage, die alle Phasen der Lehrkräftebildung, nämlich Studium, Vorbereitungsdienst sowie Fort- und Weiterbildung in den Blick nimmt und aufeinander abstimmt. Die Umsetzung der Inklusion ist uns GRÜNEN nicht nur ein sehr wichtiges Anliegen, sondern sie ist auch gesetzlich geboten. Das am 11. November 2015

Wir GRÜNE halten es beim aktuellen Stand der Umsetzung eines inklusiven Schulsystems für wichtig, die Lehrkräfte für den inklusiven Unterricht noch besser zu qualifizieren. Angesichts der

verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte“ versteht sich daher in diesem Zusammenhang als Unterstützung für unsere Lehrkräfte, auf die mit dem gemeinsamen, zieldifferenten Unterricht veränderte Aufgaben zukommen.

Die in den Förderschulen vorhandenen Kompetenzen werden gebraucht, wenn sich die allgemeinen Schulen auf dem Weg zur Inklusion weiterentwickeln. Seit dem Schuljahr 2014/2015 entwickeln sich ausgewählte Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren, die Eltern, SchülerInnen, Regelschulen und deren Kollegien bei der Umsetzung des inklusiven Unterrichts beratend und unterstützend zur Seite stehen. Dieses Unterstützungssystem wollen wir weiter ausbauen.

**CDU** Die Organisation der schulischen Inklusion hat in Rheinland-Pfalz mehrere Strukturfehler: Auf der einen Seite ist der Zugang beeinträchtigt Schüler zu allgemeinen Schulen unbeschränkt, auf der anderen Seite werden die Förderlehrerstunden nicht nach Bedarf, sondern nach Kassenlage zugewiesen. Dies führt dazu, dass die Qualität der sonderpädagogischen Förderung nicht durchgängig gewährleistet werden kann. In hunderten allgemei-

nen Schulklassen werden vier, fünf oder mehr beeinträchtigte Schüler unterrichtet – eine schwierige Situation für alle Beteiligten. Zudem ist gesetzlich nicht vorgesehen, welche Konsequenzen zu ziehen sind, wenn die Inklusion an allgemeinen Schulen nicht funktioniert. Eine Querversetzung an eine Förderschule ist nicht vorgesehen, auch wenn alle pädagogischen Bemühungen zeigen, dass die allgemeine Schule der falsche Förderort ist.

In Rheinland-Pfalz sehen wir zudem, dass die Inklusion an allgemeinen Schulen einseitig von den Realschulen plus gestemmt werden soll. Auf Dauer ist es nicht tragbar, wenn immer wieder eine Schulart die maßgeblichen pädagogischen Aufgaben zu stemmen hat. Dies gilt in gleicher Weise für die Integration der Flüchtlingsschüler.



Um Inklusion erfolgreich umzusetzen, bedarf es weiterer Anstrengungen. Dies gilt für die Lehrerfortbildung genauso wie für die Schulträger, die sich für Barrierefreiheit und die Sicherstellung eines adäquaten personellen Hilfsangebots (z.B. I-Helfer) verantwortlich zeichnen. Die Schulträger, deren Haushalt durch hohe Schulden gekennzeichnet ist, dürften allerdings Schwierigkeiten haben, diese Angebote bereitzustellen.



## WAHLPRÜFSTEIN #6: FÖRDERSCHULEN UND WAHLFREIHEIT DER ELTERN

Die Schulpolitik einiger Landesregierungen zielt darauf ab, die Förderschulen schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen zu überführen. Im Klartext bedeutet dies die Abschaffung von Förderschulen.

**Stellt Ihre Partei die Förderschulen zur Disposition? Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einer Förderschule entscheiden zu können?**

**SPD** Wir möchten die beiden Fragen (Anm. d. Red.: Wahlprüfsteine 5 und 6) im Zusammenhang beantworten: Mit dem neuen Schulgesetz von 2014 haben wir bewusst die Wahlfreiheit der Eltern umgesetzt und setzen auf die zwei Förderorte „Förderschule“ und „Schwerpunktschule“. Diese sind gleichwertig für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bzw. mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Als mit dem Schuljahr 2014/2015 das Netz an Schwerpunktschulen annähernd flächendeckend ausgebaut war, war die Zeit reif, den Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch formalrechtlich im Schulgesetz das vorbehaltlose Wahlrecht zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot in einer Schwerpunktschule und dem Angebot einer Förderschule zu gewähren. Damit entscheiden im Prinzip die Eltern über das Ausbautempo der Inklusion. Gleichwohl sehen wir eine Gestaltungsaufgabe der Bildungspolitik: Es ist unsere Aufgabe, die Akzeptanz von inklusivem Unterricht bei den Betroffenen selbst und in der Gesellschaft zu erhöhen und damit für inklusiven Unterricht zu werben.

Dabei halten wir sonderpädagogische Fachkompetenz zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Bildung für unabdingbar

– diese ist vor allem an unseren Förderschulen vorhanden. Diese gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Deshalb setzen wir auf eine Weiterentwicklung unserer Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren: Die Fachkompetenz unserer Förderschulen ist unabdingbar, um sonderpädagogische Fachkompetenz verlässlich in der Region zu verankern. Dazu gehört auch, dass sie weiter Lernort sind für die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern diesen Lernort wünschen. Förderschulen stehen in Rheinland-Pfalz deshalb nicht zur Disposition.

Gleichzeitig müssen wir aber auch Sorge tragen, dass die Lehrkräfte in den Schwerpunktschulen für den gemeinsamen Unterricht gut aus-, fort- und weitergebildet sind. Das neue „Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ stellt dazu erstmals den Regelungsrahmen bereit. Dazu steht den Schulen neben dem breiten Beratungs- und Unterstützungsangebot durch das Pädagogische Landesinstitut u.a. auch ein schuleigenes Fortbildungsbudget zur Verfügung. Außerdem werden die Schwerpunktschulen mit zusätzlichen Förderschullehrkräften für den gemeinsamen Unterricht ausgestattet. Die Bedarfe der Lehrkräfte müssen wir hier im Sinne der Akzeptanz und der Unterrichtsqualität im Blick behalten und die Schulen auch mit multiprofessionellen Teams unterstützen.



Die in den Förderschulen vorhandenen Kompetenzen werden gebraucht, wenn sich die allgemeinen Schulen auf dem Weg zur Inklusion weiterentwickeln. Mit der Schulgesetznovelle, die im Juli 2014 verabschiedet wurde, ist den Eltern ein vorbehaltloses Wahlrecht eingeräumt worden, ein inklusives Unterrichtsangebot an einer „Schwerpunktschule“ in Anspruch zu nehmen. Seit dem Schuljahr 2014/ 2015 existieren insgesamt zwölf Förder- und Beratungszentren für den Ausbau der schulischen Inklusion in Rheinland-Pfalz. In der kommenden Wahlperiode des Landtags wollen wir das Angebot in Regelschulen durch fachliche Weiterbildung, weitere Förderlehrkräfte und berufsübergreifende individuelle Unterstützung so optimieren, dass die beste Förderung von Kindern mit einem besonderen Förderbedarf im Regelschulsystem sichergestellt werden kann. Die Abschaffung der Förderschulen haben wir nicht zum Ziel, wohl aber den schrittweisen Ausbau der inklusiven Angebote.

gerechten Schulsystem. Die Förderschulen sind für uns Teil der schulischen Inklusion, da Ihr Bildungsauftrag auf die größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe ihrer Schüler ausgerichtet ist.

Die Eltern sind für uns wichtige Experten im Hinblick auf ihre Kinder. Deshalb ist es richtig, dass sie ein maßgebliches Wahlrecht hinsichtlich des Förderortes ihres Kindes haben. Doch muss man offen mit den Möglichkeiten der Schulen umgehen – das gebietet die Ehrlichkeit. Nach unserer Überzeugung dürfen wir nicht mehr inklusive Schulplätze an allgemeinen Schulen anbieten, als wir auch Förderlehrer und die notwendigen sächlichen Voraussetzungen bereitstellen können. Gleichzeitig wollen wir auch hier eine Gleichbehandlung mit anderen Eltern. Sollte sich herausstellen, dass trotz aller Bemühungen, der Förderort falsch gewählt ist, muss es zum Wohle des Kindes eine Korrekturmöglichkeit geben.



Wir geben den Förderschulen eine Bestands-garantie. Sie gehören für uns ausdrücklich zu einem differenzierten und begabungs-



Den Eltern als Erziehungsverantwortlichen sollte das Recht der Wahlfreiheit zugestanden werden. Allerdings setzt dies ein fundiertes Informationsangebot der in Frage kommenden Schulen voraus.

### WAHLPRÜFSTEIN #7: LEISTUNGSFÖRDERUNG

Rheinland-Pfalz besitzt nach Aussagen des Bildungsministeriums ein leistungsfähiges Schulsystem. Ausbildungsbetriebe wie auch Hochschulen und Universitäten monieren jedoch seit Jahren, dass die guten Noten in den Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich seien.

**Teilen Sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt?**



Rheinland-Pfalz hat sich bei den nationalen Leistungsstudien kontinuierlich verbessert. Es ist eine klare Leistungssteigerung bei den Schülerinnen und Schülern festzustellen. Ein Absinken des Leistungsniveaus ist statistisch nicht belegbar. Die Aussagen der Wirtschaft und der Hochschulen sind nicht länderspezifisch.

Die individuelle Förderung an rheinland-pfälzischen Schulen dient der Förderung des gesamten Leistungsspektrums, sie ermöglicht hohe Bildungsabschlüsse. Unsere Schulen arbeiten und orientieren sich an den geltenden Bildungsstandards.

Es findet eine fundierte Förderung der Schülergruppen, der Leistungsstarken genauso wie der Leistungsschwächeren, die Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals, die Entwicklung neuer Verfahren und Materialien zur Unterrichtsgestaltung und zur Verbesserung der Diagnosekompetenz von Lehrkräften statt. Dies wird auch in Rheinland-Pfalz in den Rahmen bereits bestehender Maßnahmen eingebunden.

beitragen, dass sich dadurch deren berufliche Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten verbessern. So ist dem Statistischen Bundesamt beispielsweise zu entnehmen, dass Rheinland-Pfalz im Bundesländer-Ranking insbesondere in den Naturwissenschaften im oberen Drittel platziert ist und mit 516 Punkten über dem Bundesdurchschnitt liegt. Der Befund, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schülern sich permanent verschlechtern, ist aber wissenschaftlich sehr umstritten.



Mit großer Besorgnis beobachten wir, dass mittlerweile mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen, als eine Lehre beginnen. Eine solche Entwicklung ist nicht denkbar ohne ein verändertes Anspruchsniveau an die schulischen Abschlüsse. Deshalb wollen wir unseren Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit und Transparenz leisten. Daher schlagen wir landeseinheitliche Abschlussprüfungen für alle Bildungsgänge vor. Davon versprechen wir uns insbesondere eine Aufwertung der mittleren Bildungsabschlüsse. Gleichzeitig wollen wir die Begabtenförderung ausbauen. Dies betrifft auch die Realschulen plus. Denn praktisch besonders begabte Schüler müssen erst einmal identifiziert und anschließend motiviert und gefördert werden.



Wir GRÜNE begrüßen es, dass immer mehr Kinder und Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse erreichen und damit sukzessiv dazu



In der Tat muss festgestellt werden, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler nur unzureichend auf eine berufliche oder akademische Ausbildung vorbereitet sind – obwohl ihre Schulnoten etwas anderes suggerieren. Dies allein mit einer „Absenkung“ des Leistungsniveaus begründen zu wollen, greift nach unserer Meinung zu kurz. Es würde zudem den politischen

Willen zur gewollten Senkung des Leistungsniveaus voraussetzen. Einen solchen Willen kann kein vernünftiger Mensch haben – die FDP schon einmal gar nicht! Als Hauptgrund für die „Inflation höherer Abschlüsse“ sehen wir vielmehr die Geringschätzung „mittlerer Abschlüsse“ sowohl durch Eltern als auch durch Schülerinnen und Schüler.



### WAHLPRÜFSTEIN #8: MIGRANTENFÖRDERUNG

*Die Förderung für Flüchtlingskinder und deren Integration in die Gesellschaft stellt vor allem die Schulen vor große Herausforderungen. Ziel der schulischen Förderung muss es sein, dass die Migranten ihr Bildungspotenzial optimal ausschöpfen können.*

#### Welches Konzept hat Ihre Partei zur schulischen Förderung von Migrantenkindern?



Sprachförderung ist im Rahmen der individuellen Förderung Aufgabe in jedem Fach und Lernbereich des Regelunterrichts in allen Schularten. Unterstützt werden die Lehrkräfte hier durch den schulartübergreifenden Rahmenplan „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) mit vielen Anregungen für die Unterrichtspraxis. Schulen können daneben zusätzliche Lehrerstundenzuweisungen für besondere Sprachfördermaßnahmen beantragen. Wir sehen uns mit dem Konzept der Deutsch-Intensivkurse gut für die heutigen und zukünftigen Herausforderungen gerüstet.

Die besonderen Sprachfördermaßnahmen sind in der Regel gestuft:

- Deutsch-Intensivkurse (Primarstufe 10 bis 15 Stunden, Sekundarstufe I 15 bis 20 Stunden) für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie Schulanfängerinnen und Schulanfänger ohne Deutschkenntnisse oder mit sehr geringen Deutschkenntnissen. In den übrigen Stunden nehmen sie am Regelunterricht, vorrangig in Fächern, bei denen die deutsche Sprache nicht im Vordergrund steht, teil.
- Vierstündige Förderung für Schülerinnen und Schüler, die noch erhebliche Defizite in der deutschen Sprache haben. Eine Gruppe kann ab 4 Schülerinnen und Schülern gebildet werden. Die Teilnehmerzahl soll 10 nicht überschreiten.
- Zweistündige Förderung für Schülerinnen und Schüler, die zwar schon Sprachkenntnisse besitzen, aber noch weiterer Hilfe bedürfen. Eine Gruppe kann ab 4 Schülerinnen und Schülern gebildet werden. Die Teilnehmerzahl soll 10 nicht überschreiten.

Die Einrichtung der Deutsch-Intensivkurse hat sich im letzten Jahr rasant entwickelt von 151 Kursen an 112 Schulen im Schuljahr 2014/2015 auf jetzt 297 Kurse an 221 Schulen im September 2015 und wird bedarfsgerecht weiter ausgebaut. Wir erkennen an, dass die Realschulen plus hierbei bei den weiterführenden Schulen derzeit die größten Aufgaben schultern.

An den berufsbildenden Schulen werden schulpflichtige Flüchtlinge je nach ihrem Bildungsstand grundsätzlich in allen

Schulformen aufgenommen. Wenn die Flüchtlinge noch unzureichende Deutschkenntnisse vorweisen, werden sie ins Berufsvorbereitungsjahr aufgenommen und lernen dort in einem Deutsch-Intensivkurs mit 15 – 20 Wochenstunden Deutsch. In den übrigen Stunden nehmen sie soweit möglich am Regelunterricht teil. Wo eine gemeinsame Beschulung im Regelunterricht aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist, werden zusätzliche Klassen „BVJ Sprachförderung“ gebildet. Bereits während der Sprachfördermaßnahmen werden die Flüchtlinge sukzessive in den Regelunterricht, vor allem im fachpraktischen Bereich, integriert. Ziel ist es, den jungen Menschen einen Schulabschluss zu ermöglichen und berufliche Orientierung zu geben. Dadurch wird die Chance auf einen Übergang in weiterführende Bildungsgänge, in Ausbildung oder Beschäftigung verbessert. Für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren hat die Agentur für Arbeit ein spezielles Programm entwickelt, in dem die jungen Menschen neben dem Spracherwerb auch an Berufsorientierungsmaßnahmen unter Einbindung der Berufsbildenden Schulen teilnehmen können.



Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass der Spracherwerb eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration ist. Mit dem

Maßnahmenplan „Sprachförderung in Schulen“ werden die bestehenden Angebote in den Schulen noch weiter ausgebaut und optimiert sowie vorhandene Ressourcen bedarfsspezifischer genutzt. Schulische Deutsch-Intensivkurse für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger haben Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung. Dies gilt für jede Schulart und jede Schule, sodass die Landesregierung die Deutsch-Intensivkurse auf landesweit 297 Kurse ausgeweitet hat, um damit den bedarfsgerechten Ausbau (Anfang des Schuljahres waren es noch 235 Kurse) für alle schulpflichtigen Kinder aus nicht-deutschen Herkunftstaaten sicherzustellen. Deutsch-Intensivkurse werden für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie Schulanfängerinnen und Schulanfänger ohne Deutschkenntnisse oder mit sehr geringen Deutschkenntnissen eingerichtet. Diese Schülerinnen und Schüler werden gleichzeitig einer Regelklasse zu-

gewiesen und nehmen in den übrigen Stunden am Unterricht dieser Klasse teil. Ein Deutsch-Intensivkurs kann klassen-, jahrgangs- und schulübergreifend organisiert werden. So wird sichergestellt, dass auch in ländlichen Regionen Schülerinnen und Schüler an einem Deutsch-Intensivkurs teilnehmen können. Wir GRÜNE lehnen die von der Opposition geforderten „Deutschvorlaufkurse“ entschieden ab, da segregierende Maßnahmen den Integrationsprozess und den Spracherwerb der Schülerinnen und Schüler hemmen. Analog zum Ausbau der Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) des Landes wird die Lehrkräfteversorgung in den Einrichtungen ausgebaut. Der AfA-Standort in Ingelheim wurde zu Beginn des neuen Schuljahres mit einer weiteren Lehrkraft für die Deutschförderung von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter ausgestattet. Die zusätzlichen AfA-Standorte in Hermeskeil und Kusel werden bei der Ausstattung zusätzlicher Lehrkräfte zur Deutschförderung für schulpflichtige Kinder und Jugendliche versorgt. Der Herkunftssprachenunterricht (HSU) in Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger Baustein bei der Förderung von Mehrsprachigen. Dieser Unterricht ist ein zusätzliches Angebot bis zum Ende der Sekundarstufe I. Der Herkunftssprachenunterricht ist in Rheinland-Pfalz ein schulischer Sprachunterricht in staatlicher Verantwortung und wird von staatlichen Lehrkräften erteilt.



Angesichts der ausgesprochen hohen Zahlen fordern wir eine rasche Änderung des Sprachförderkonzepts. Wir wollen eigene schulartübergreifende Sprachvorlaufkurse einrichten, die auch altersgemischt organisiert sein können. Neben einer intensiven

Sprachförderung werden die Schüler gründlich auf den Schulltag und die Funktionsweise unserer Gesellschaft vorbereitet sowie mit unseren grundlegenden Werten vertraut gemacht. Erst zum jeweiligen (Halb- bzw.) Jahresbeginn werden die Schüler dann – gemäß ihrer Begabung – der jeweiligen Schulart zugewiesen. Besonders traumatisierte Schüler können so zielgenau einer Förderschule oder einer Schwerpunktschule zugewiesen werden. Dadurch ermöglichen wir, dass die erst kürzlich nach Deutschland zugezogenen Schüler ab dem ersten Tag an ihrer Schule dem Unterricht folgen können und die Abläufe verstehen. Den Schulen geben wir Planungssicherheit, da die Schüler nur zu festen Terminen zugewiesen werden. Zudem erreichen wir so auch eine gerechtere Verteilung der Aufnahme von Flüchtlingskindern im Schulsystem. Bisher sind es insbesondere die Realschulen plus, die hier die Hauptlast zu tragen haben.



Das A und O ist dabei das Erlernen der deutschen Sprache. Hierbei müssen auch die Möglichkeiten außerhalb der

Schule genutzt werden (z.B. Volkshochschulen). Notwendig ist ein hohes Maß an Flexibilität – die Forderung nach Zusatzqualifikationen wie etwa „Deutsch als Fremdsprache“ sind wenig zielführend. Die Integration von Migrant\*innen in den normalen Schulunterricht sollte schrittweise erfolgen – beginnend mit den Fächern, in denen die Sprachkompetenz nicht an erster Stelle steht. Zur Förderung von Migrant\*innen zählt nach unserer Meinung aber auch die Vermittlung der Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist – damit sie nicht in einer Parallelgesellschaft leben.

### WAHLPRÜFSTEIN #9: ARBEITSZEIT



Die Arbeitszeit der Lehrkräfte besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung, die nach Schulart unterschiedlich festgelegt ist. Hinzu kommen außerunterrichtliche Aufgaben für Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Besprechungen mit Kolleginnen und Kollegen, Gespräche mit Praktikumsbetrieben, Sozialarbeitern, Mitarbeitern der Jugendhilfe, Förderschullehrkräften, Schulpsychologen und schließlich mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Teilnahme an Konferenzen und Beratungsgesprächen. Die zeitliche Dimension ist in den letzten Jahren enorm angewachsen.

**Besteht aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf bei der Gestaltung der Arbeitszeit, die den gewachsenen Anforderungen der Lehrkräfte im außerunterrichtlichen Bereich Rechnung tragen kann?**



Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte in den einzelnen Bundesländern ist relativ einheitlich gestaltet. Eine gute Vernetzung aller an Schule Beteiligten trägt auch zum Bildungserfolg bei. In diesem Zusammenhang erscheinen die rheinland-pfälzischen Regelungen sachgerecht. Wir werden natürlich die weitere Entwicklung in Bezug auf die Belastung der Lehrkräfte einerseits, aber auch vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit einer möglichen Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung andererseits, im Auge behalten. Außerdem ist für uns eine gute Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus von besonderer Bedeutung. Mit einer Versorgung von 98,9% weisen die Realschulen plus im laufenden Schuljahr den besten Wert seit dem Start dieser Schulart in 2009 auf. Das wollen wir weiter verbessern.



Wir GRÜNE wollen die Arbeitswelt unserer Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten moderner gestalten. Deshalb sprechen wir uns zum Beispiel weiterhin für flexible Altersteilzeitmodelle aus. Wie diese in den nächsten Jahren genau ausgestaltet werden, wollen wir im Dialog mit den Gewerkschaften und Verbänden verhandeln. Weitere Maßnahmen können die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten oder die Schaffung von einfacheren Möglichkeiten des Wechsels aus und in das Beamtenverhältnis sein. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es bereits jetzt die Möglichkeit, das Stundendeputat zu reduzieren.

## CDU

Lehrer tragen eine große Verantwortung, da sie junge Menschen maßgeblich bei ihrer Entwicklung begleiten. Sie ermöglichen Bildung und tragen auch zum Wachsen einer eigenen Persönlichkeit bei. Dies schlägt sich auch im Arbeitseinsatz von Lehrern nieder. Ein Arbeiten mit der Stechuhr ist kaum möglich, weil Bedürfnisse von Menschen sich nicht nach starren Arbeitszeiten richten. Die Aufteilung von Unterrichtszeit, unterrichtsfreier Zeit sowie Vor- und Nachbereitungszeiten für den Unterricht tragen diesem besonderen Arbeitsauftrag Rechnung. Feste Anwesenheitszeiten in der Schule halten wir dem Berufsbild nicht angemessen. Die mögliche Flexibilität ist notwendig, um den Aufgaben gerecht werden zu können. Es darf aber nicht übersehen werden, dass viele Lehrer Aufgaben übernehmen, die weit über ihr eigentliches Tätigkeitsprofil hinausgehen. Hier sind zusätzliche Deputatstunden zur

Abgeltung dieser Aufgaben das Ziel. Im Rahmen einer stärkeren Selbstständigkeit von Schulen wollen wir Lehrer zusätzlich von administrativen Aufgaben entlasten, indem wir zu bürokratische Vorgaben kritisch überprüfen und den Schulen die Möglichkeit geben wollen, zusätzliche Verwaltungskräfte einzustellen.

## Freie Demokraten FDP

Ja – es besteht nach unserer Meinung dringender Handlungsbedarf. Viele Lehrkräfte arbeiten mit hohem Engagement – und das bis an ihre Belastungsgrenze. Berufsbedingte Krankheiten sind oftmals die Folge. Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Tätigkeiten könnten ein erster Schritt zur Reduzierung der Arbeitsbelastung sein.



### WAHLPRÜFSTEIN #10: UNTERRICHTSEINSATZ

*Der Unterricht ist die Kernaufgabe einer Lehrkraft.*

**Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Sicherung der Unterrichtsqualität ergreifen?**

## SPD

Die Sicherung der Unterrichtsqualität ist eine Daueraufgabe, die wir kontinuierlich begleiten. Dabei sind Chancengleichheit und individuelle Förderung wichtige Gradmesser. In den letzten Jahren haben wir schon viel erreicht: eine gute Unterrichtsversorgung mit kontinuierlicher weiterer Verbesserung, kleine Klassen, flächendeckende Versorgung mit Ganztagsschulangeboten, Schulsozialarbeit, an den aktuellen Bildungsstandards ausgerichtete moderne Lehr- und Rahmenpläne, Unterstützung durch Beratungs-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen u.v.a.m.. Auch nach der Auflösung der Agentur für Qualitätssicherung werden wir weiter den Fokus auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität legen und spezielle Themen wie z. B. Sprachförderung, individuelle Förderung oder Inklusion evaluieren. Mit der Stärkung der Funktionsstellen an großen Realschulen plus ist ein weiterer begleitender Schritt getan. Dies wollen wir ebenso weiter bedarfsgerecht ausbauen wie die Schulsozialarbeit und den schulpсихologischen Dienst. Im Schulversuch „Selbstverantwortliche Schule“ werden zudem organisatorische und pädagogische Maßnahmen erprobt, die ebenfalls der Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsqualität dienen sollen.

einzelnen Schule und der Schulbehörde geschaffen, um auf diesem Wege die kontinuierliche schulische Qualitätsentwicklung zu sichern. Bis zum Ende des Schuljahres 2015/2016 sollen die Schulen des Landes ein zweites Mal evaluiert sein. Mit der Unterstützung der Schulaufsicht durch erfahrenes AQS-Personal werden Fragen des Qualitätsmanagements und der Schulberatung sowie ein Controlling der abzuschließenden Zielvereinbarungen verstetigt. Die insgesamt gewonnenen Erfahrungen bieten eine solide Grundlage für die weitere Qualitätsarbeit an den Schulen. Zukünftig soll die interne Schulevaluation gestärkt und ausgebaut werden.

## CDU

Für die CDU Rheinland-Pfalz hat eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung Vorrang, denn sie ermöglicht nicht nur einen vollständigen Unterricht, sondern setzt auch wieder Stunden zur individuellen Förderung frei. Parallel wollen wir die Anstellungsbedingungen für Lehrer verlässlicher als bisher gestalten. Es ist keine befriedigende Situation, wenn hunderte Junglehrer, die eigentlich dringend in den Schulen gebraucht werden, nur mit prekären Kurzzeitverträgen angestellt werden. Im Bereich der Mangelfächer wollen wir unbürokratische Lösungen finden, damit auch diese Stellen besetzt werden können. Gleichzeitig werden wir die Bildungsbürokratie kritisch durchleuchten, damit Lehrer wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben haben.



Die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) wird aufgelöst, um das gewonnene Erfahrungs- und Fachwissen in die Schulaufsichtsbehörde (ADD) verlagern zu können. Die AQS hat in den vergangenen Jahren regelmäßig externe Evaluationen an allen staatlichen Schulen des Landes durchgeführt, den Schulen Rückmeldungen gegeben und damit die Grundlage für Zielvereinbarungen zwischen der

## Freie Demokraten FDP

Motivierte Lehrerinnen und Lehrer machen guten Unterricht – eigentlich ist das eine Binsenweisheit! Was das Land zur Motivation der Lehrkräfte beitragen kann, ist zum Beispiel

eine Senkung der Klassengrößen, die ein individuelles Eingehen auf die Schülerinnen und Schüler erst möglich macht. Zielgerichtete Weiterbildungsangebote – nicht nur im fachspezifischen Bereich – sind ebenfalls ein gutes Motivationsinstrument. Motivierend wirken aber auch ein guter baulicher Zustand und eine

gute Ausstattung einer Schule. Nun ist das eigentlich Sache der Schulträger – doch die verfügen nicht alle über die gleiche Finanzkraft. Hier sollte das Land eine Ausgleichsfunktion bezüglich der Ausstattung der Schulen wahrnehmen.



### WAHLPRÜFSTEIN #11: BELASTUNG

*Das Institut für Lehrgesundheit (IfL) der Universitätsmedizin Mainz hat aus seinen Kontakten zu den Schulen den Eindruck gewonnen, „dass die Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Realschulen plus höher ist als bei anderen Schularten“.*

#### Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?

**SPD**

Bei den Auswertungen der Gesundheitsberichte durch das IfL sind bei den Realschulen plus Abweichungen zu anderen Schularten festgestellt worden. Da diese Daten nicht repräsentativ sind, wurde eine gesonderte Befragung aller Schulleiterinnen und Schulleiter der Realschulen plus entworfen, die etwaige Problemfelder möglicher besonderer Belastungen identifizieren, aber vor allem auch best-practice-Beispiele aufzeigen sollen. Wir werden diese Befragung und die möglicherweise enthaltenen Empfehlungen genau auswerten, wenn diese vorliegt. Die Gesundheit unserer Lehrkräfte ist uns ein hohes Anliegen, was schon allein die Implementierung des IfL zeigt.



Wir GRÜNE schätzen die wichtige Arbeit der Lehrkräfte in der Realschule plus, da diese einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Aufstiegsorientierung innerhalb der Schullaufbahn möglichst lange offen zu halten. Die regierungstragenden Fraktionen haben zur Unterstützung der Realschulen plus im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlungen 22 neue Funktionsstellen zur didaktischen Koordination im parlamentarischen Prozess auf den Weg gebracht. Die didaktische Koordinatorin oder der didaktische Koordinator sorgt gemeinsam mit der Schulleitung und zusammen mit dem Kollegium dafür, dass die Schule dem Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf eine gute Erziehungs- und Unterrichtsarbeit sowie auf individuelle Förderung

gerecht wird und ihr Qualitätsprogramm unterrichtsbezogen kontinuierlich weiterentwickelt. Im Auftrag und in Abstimmung mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter übernimmt sie oder er abgegrenzte Aufgaben, die sich aus schulischen Aufgabenfeldern ergeben. Dazu gehören Aufgaben der Beratung und Unterstützung von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern sowie der Kooperation mit außerschulischen Partnern.

**CDU**

Wir machen ebenfalls die Beobachtung, dass die herausfordernden Themen in Rheinland-Pfalz einseitig bei den Realschulen plus abgeladen werden: Die Inklusion, die Integration von Flüchtlingskindern oder die Förderung besonders schwacher Schüler. Dies halten wir für falsch. Bei den bereits oben angesprochenen Themen der Migration und Inklusion wollen wir strukturelle Veränderungen, so dass die Realschulen plus nicht über Gebühr belastet und die Aufgaben gerechter auf die Schularten verteilt werden. Parallel ist es uns wichtig, dass die Realschulen plus auch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Aufgaben zu erfüllen, ohne dass die Lehrer überbeansprucht werden.

**Freie Demokraten  
FDP**

Geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der vom IfL festgestellten spezifischen Mehrbelastung von Bediensteten an Realschulen plus können nur in Zusammenarbeit mit dem IfL und dem VRB konzipiert werden. Dazu ist die FDP bereit.



### WAHLPRÜFSTEIN #12: ALTERSTEILZEIT

*Die Altersteilzeit ermöglicht einen flexiblen Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand. Zusätzlich konnte hiermit einer Tendenz zu Frührenten entgegen gewirkt werden. Dieses Personalsteuergesetz wurde von den Lehrerinnen und Lehrern genutzt. Die Anzahl der Antragsberechtigten bewegte sich auf hohem Niveau.*

#### Befürwortet Ihre Partei eine Fortführung der Altersteilzeit zu den jetzt gültigen Bedingungen?

**SPD**

Die Regelung der Altersteilzeit läuft zum 31.12.16 aus. Lehrkräfte können zum 1.8.2016 letztmalig mit der Altersteilzeit beginnen. Wir gehen davon aus, dass die im Gesetz festgelegte Überprüfung der Regelungsziele der Altersteilzeitbestimmungen eine Fortführung der

Altersteilzeit im Schulbereich empfehlen wird, weil diese nach wie vor die wichtige Aufgabe erfüllt, die Arbeitsbelastung im Alter abzufedern. Die Stellungnahme bleibt aber auf jeden Fall abzuwarten.



Wir GRÜNE sprechen uns für Altersteilzeitmodelle aus. Über deren Ausgestaltung werden wir mit allen betroffenen Akteuren und Verbänden ins Gespräch kommen müssen.



Der Lehrerberuf geht mit besonderen psychischen Belastungen einher. Diese sind bei jeder Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.



Altersteilzeit ist sinnvoll. Jeder sollte die Möglichkeit haben, den Zeitpunkt für seinen Eintritt in den Ruhestand individuell festzulegen. Dabei sollte es sowohl die Möglichkeit geben, ab dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand zu gehen, als auch über die derzeit festgelegte Höchst-arbeitszeitgrenze hinauszugehen. Die individuelle Lebens-, Berufs- und Gesundheitssituation sollten dabei Richtschnur für das Handeln des staatlichen Arbeitgebers sein.



**WAHLPRÜFSTEIN #13:  
NACHWUCHSGEWINNUNG FÜR DAS LEHRAMT AN REALSCHULEN PLUS**

Die Zahl der erfolgreichen Absolventen für das Lehramt an Realschulen plus (bzw. Realschulen und Hauptschulen) hat sich laut Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes um 36 Prozent in nur einem Jahr verringert.

**Mit welchen Maßnahmen wird die Landesregierung dieser Entwicklung begegnen? Wie soll der jetzt schon absehbare Lehrermangel – insbesondere in den MINT-Fächern – ausgeglichen werden?**



Das Lehramt an Realschulen plus ist nach wie vor für junge Menschen attraktiv. Aus den in einem punktuellen Jahresvergleich rückläufigen Absolventinnen- und Absolventenzahlen lässt sich keineswegs eine Aussage über die Attraktivität des Lehramts an Realschulen plus ableiten. Im Vergleichsergebnis wird lediglich ein Rückgang der Absolventenzahl bei den Studienseminaren an Realschulen plus, die 2013 noch stark mit den auslaufenden Ausbildungsgängen für das Lehramt an Realschulen plus und Grund- und Hauptschulen belegt waren, aufgezeigt. Berücksichtigt werden muss dabei auch, dass die Einstellungen von wechselnden Studienseminaren durchgeführt werden.

Für die sog. MINT-Fächer zeigt sich ein recht positives Ergebnis: Anfang Dezember 2015 wurden 32 % der Anwärterinnen und Anwärter in den sog. MINT-Fächern ausgebildet. Die mathematische und naturwissenschaftliche Ausbildung an den Studienseminaren für Realschulen plus bereitet auf eine ausgeprägte Praxis- und Berufsorientierung im Unterricht vor, die Studierende schon bei ihren Praktika wahrnehmen und als Grundlage für die Wahl dieses lehramtspezifischen Studienziels rückmelden. Wir werden weiter für das attraktive Lehramt an Realschulen plus insgesamt und die MINT-Fächer sowie alle anderen möglichen Bedarfsfächer im Besonderen werben.



Die Qualifikation von Seiteneinsteiger\*innen hat sich in mehreren Bundesländern bewährt, dem Lehrermangel sukzessiv zu begegnen.

Wir GRÜNE sind daher der Auffassung, dass neue Anreize für den Lehrerberuf geschaffen werden müssen, um den Lehrermangel nachhaltig zu minimieren. Darüber hinaus müssen neue Anreize für den Lehrerberuf in den MINT-Fächern geschaffen werden, damit die Lehrkräfte im Wettbewerb mit der Wirtschaft

konkurrenzfähig sind. Für uns GRÜNE ist gute Bildung eine zentrale Aufgabe, sodass wir uns in der kommenden Legislaturperiode verstärkt für Maßnahmen gegen den Lehrermangel allgemein und insbesondere in den MINT-Fächern einsetzen werden. Dabei kann auch verstärkt auf die Möglichkeiten des Lehrerberufs insbesondere in MINT-Fächern in den Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung hingewiesen werden.



Die CDU Rheinland-Pfalz steht für verlässliche Anstellungsperspektiven und zur Realschule plus. Das wird die Berufsaussichten für diese Schulart wieder verbessern und auch Auswirkungen auf die Studierendenzahlen haben. Wir werden deshalb für die Realschulen plus besonders werben und ihren ganz eigenen praxisorientierten Bildungszugang weiter stärken. Insbesondere für Mangelfächer können wir uns aber auch flexible Anreizmodelle vorstellen, die die Attraktivität des Lehrerberufs gerade für den gefragten MINT-Arbeitsmarkt steigert. Möglich wären z.B. gesonderte Stipendien, zeitlich befristete Gehaltszulagen oder auch die flexible Anpassung der Erfahrungsstufen.



Generell muss der Schultyp Realschule plus in der öffentlichen Wahrnehmung eine Aufwertung erfahren. Dies gilt umso mehr für die Wahrnehmung bei den Studierenden für das Lehramt. Dazu müsste eine zielgruppengerichtete Werbekampagne gestartet werden. Eine zeitnahe Schließung der Lücke an Lehrkräften – gerade in den MINT-Fächern – kann durch die verstärkte Einstellung bisher arbeitsloser Lehrer und durch den Abbau von Hemmnissen bei der Einstellung von „Seiteneinsteigern“ geschehen.



#### WAHLPRÜFSTEIN #14: SICHERUNG DES AKTUELLEN UND ZUKÜNFTIGEN PERSONALBEDARFS

*Gut ausgebildete Lehrkräfte werden in Rheinland-Pfalz zunehmend in Vertretungsunterricht ohne langfristige Perspektive und ohne entsprechende Entlohnung eingesetzt, der ein Wechsel von Schuleinsatz und Arbeitslosigkeit beinhaltet.*

**Wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung zusätzliche Investitionen zur Einstellung neuer Lehrkräfte tätigen?**

**SPD**

Bereits in den letzten Jahren wurde mit der Einführung des Vertretungslehrerpools mit festen Beamtenstellen die Zukunftsperspektive für junge Lehrkräfte und die Situation bei den Vertretungsverträgen verbessert. Ziel ist es, so wenig Vertretungsverträge wie möglich und so viele wie nötig abzuschließen. Es wäre unredlich zu suggerieren, dass der Schulbetrieb vollkommen ohne Vertretungsverträge funktioniert. Dabei ist es keineswegs so, dass junge Lehrkräfte ausnahmslos befristete Verträge erhalten, wie die Beantwortung der nächsten Fragen (Punkt „Demographischer Gewinn“) zeigt. Die Entlohnung von Lehrkräften in Vertretungsverträgen ist bei gleicher Qualifikation identisch mit derjenigen von Lehrkräften in unbefristeten Verträgen. Selbstverständlich ist uns an guten Rahmenbedingungen gelegen. Gerade in den letzten Sommerferien hat die ADD sich sehr darum bemüht, die Feriendurchzahlung in so vielen Fällen wie möglich sicherzustellen. Hier wollen wir die Situation junger Lehrkräfte weiter verbessern.

bedarfsgerecht reagiert, da der nach Prof. em. Klemm prognostizierte Stellenabbau nicht nur ausgesetzt wurde, sondern zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Zur Gewährleistung einer strukturell guten Unterrichtsversorgung wurden demzufolge wie im Vorjahr zusätzlich 1.200 neue Lehrkräfte eingestellt und der Vertretungspool wurde zum neuen Schuljahr um 300 Beamtenstellen auf 800 Vollzeitstellen ausgebaut. Der Vertretungspool bietet eine gute Möglichkeit, auf Ausfälle im Kollegium zu reagieren und den Vertretungslehrkräften eine langfristige Perspektive zu bieten. Darüber hinaus wurde die strukturelle Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen erneut verbessert und erreicht mit einem Wert von 96,6 % im aktuellen Schuljahr den besten Versorgungsgrad seit der Einführung der amtlichen Berechnung.



Eine gute Unterrichtsversorgung nimmt für die rot-grüne Landesregierung einen sehr hohen Stellenwert ein und bildet aus diesem Grund auch für das Haushaltsjahr 2016 einen politischen Schwerpunkt. So konnte die rot-grüne Landesregierung – trotz des beschlossenen Konsolidierungspfades – den Ansatz für die Unterrichtsversorgung erneut auf 1.799.072.100 Euro anheben. Die rot-grüne Landesregierung hat damit auf den deutlich geringeren ausfallenden Rückgang der Schülerzahlen adäquat und

**CDU**

Die CDU Rheinland-Pfalz steht auch zukünftig für eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung. Solange Stunden an unseren Schulen ausfallen und Förderangebote gestrichen werden müssen, können wir nicht gleichzeitig Lehrerstellen abbauen. Deshalb hat unsere Landtagsfraktion erst jüngst 600 zusätzliche Lehrerstellen gefordert und seriös gegenfinanziert.

**Freie Demokraten**  
FDP

Ein klares Ja – zumal diese Haltung auch unserer Forderung nach kleineren Klassengrößen entspricht!



#### WAHLPRÜFSTEIN #15: DEMOGRAFISCHER GEWINN

*Den „demographischen Gewinn“ infolge des Schülerrückgangs hat die jetzige Landesregierung teilweise zur Konsolidierung des Haushalts genutzt.*

**Wird beurteilt Ihre Partei diese Maßnahme? Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung die „demographischen Gewinne“ im Bildungsbereich nutzen?**

**SPD**

Das Land handelt bei der Frage des Lehrkräfteeinsatzes in Zeiten des Schülerrückgangs sehr verantwortungsbewusst und der jeweiligen Situation angemessen. Wir wollen der nachkommenden Generation keine Schulden in unverantwortlicher Höhe hinterlassen und Kindern und Jugendlichen optimale Startchancen eröffnen. Hierzu ist guter Unterricht und eine gute Unterrichtsversorgung erforderlich. Deshalb wurde der sog. „demographische Gewinn“ nur teilweise zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt und gleichzeitig der

Investition in pädagogische Verbesserungen verantwortungsvoll Rechnung getragen. Dabei wurde nicht starr an Sparvorgaben aus dem Jahr 2011 festgehalten, vielmehr wurde jedes Jahr die konkrete Situation beachtet. In dieser Folge wurde deutlich weniger eingespart als ursprünglich angenommen. Das haben wir bereits in den letzten beiden Schuljahren getan: Zu Beginn der Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 wurden insgesamt 679 zusätzliche Stellen für den Bildungsbereich bereitgestellt. Für die Zukunft muss zunächst solide ermittelt werden, ob in den

Folgejahren wegen der starken Zuwanderung in Deutschland überhaupt „demographische Gewinne“ im Bildungsbereich zu erwarten sind. Wir werden dies immer intensiv prüfen und in jedem Fall einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen so sicherstellen, dass eine gute Unterrichtsversorgung und pädagogische Verbesserungen gewährleistet sind.



Für uns GRÜNE ist eine solide Haushaltspolitik im Sinne der Generationengerechtigkeit immer von hoher Bedeutung gewesen. Da die Personalausgaben insbesondere im Bildungshaushalt der größte Posten sind, ist eine wirksame Konsolidierung ohne Maßnahmen, die auch den Personalbereich betreffen, faktisch unmöglich. Es hat sich aber auch gezeigt, dass der demografische Wandel sich erfreulicherweise nicht in der Weise vollzogen hat, wie noch vor einigen Jahren vorausgesagt. Hinzu kommen nun zusätzlich die schulpflichtigen Kinder von Flüchtlingsfamilien, darauf müssen wir reagieren. Wir hoffen, wir konnten ausreichend darlegen, wie wir mit den Einstellungen im Lehrkräftebereich auf die sich wandelnden Umstände bereits in dieser Legislaturperiode flexibel reagiert haben. Entsprechende weitere Anpassungen werden je nach der weiteren Entwicklung notwendig sein.



Die vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, wie man nicht mit der so genannten demografischen Rendite umgehen darf. Sie darf nicht zur „Spardose“ einer verfehlten Haushaltspolitik werden, sondern muss der Bildung zugutekommen. Die mangelnde Unterrichtsversorgung und die fehlenden Fördermöglichkeiten dürfen angesichts gewachsener Herausforderungen, wie z.B. der Flüchtlingsbewegung oder der Inklusion, nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden. Zunächst braucht es eine vollständige Unterrichtsversorgung und eine auskömmliche Förderstruktur, bevor man darüber nachdenken kann, ob Lehrerstellen abgebaut werden.



Haushaltskonsolidierung ist per se als sinnvoll zu erachten. Der „demographische Gewinn“ im Bildungsbereich muss allerdings primär der Bildung zugutekommen. Die Zukunft lässt jedoch vermuten, dass durch den Zustrom von schulpflichtigen Flüchtlingskindern zusätzliche Gelder in die Hand genommen werden müssen und von einem „demographischen Gewinn“ dann nicht mehr die Rede sein kann.





## Pinnwand

### ► ZAHL DER FRAUEN IN TECHNISCHEN BERUFEN NIMMT ZU „Und was willst du mal werden?“

Die Zahl der Ausbildungsberufe und Studiengänge in Deutschland geht ins Unendliche. In vielen Bereichen haben Jungen und Mädchen sehr unterschiedliche berufliche Vorstellungen. Die Top 10 der beliebtesten Studiengänge und Ausbildungen zeigen klare Tendenzen, was die Geschlechterverteilung angeht. Jungs bevorzugen technische, Mädchen kaufmännische und soziale Berufe – im Studium wie in der Ausbildung.

Von den 349 Ausbildungsberufen in Deutschland setzt sich ein großer Teil aus technisch orientierten Berufen zusammen. Diese werden allerdings eher von Jungs gewählt, wie der des Kraftzeugmechatronikers (auf Platz 4 der Top 10 der Ausbildungsberufe) und des Industriemechanikers (Platz 8). Die Mädchen dominieren dagegen die Lehre als Kaufmann bzw. -frau für

Büromanagement – die beliebteste Lehre unter Azubis – mit rund 75 Prozent. Ebenfalls stark von Mädchen geprägt sind die Berufe der Industriekaufleute (Platz 5) und der Medizinischen Fachangestellten (Platz 7). Einig sind sich die Geschlechter dagegen, wenn es um die Ausbildung zum Kaufmann/-frau im Einzelhandel geht (Platz 2), ebenso ausgeglichen ist die Geschlechterverteilung bei den Verkäufern (Platz 3) und Bankkaufleuten (Platz 9).

Ähnlich sieht es bei den Studiengängen aus, auch wenn hier viele der beliebtesten bei Jungen und Mädchen gleichermaßen beliebt sind. Zum Beispiel in der Betriebswirtschaftslehre, der Lieblingsstudiengang der Deutschen. Ebenso ausgeglichen ist die Situation bei den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Platz 3 und 4 der Top 10 der Studiengänge) sowie in der Ma-



Foto: www.fotolia.de

thematik (Platz 10). Technische Studiengänge wie Maschinenbau (Platz 2), Informatik (Platz 5) oder Elektrotechnik (Platz 8) sind eher von Männern beherrscht. Teilweise liegt der Frauenanteil hier nur bei 10 Prozent, Tendenz steigend. Die Frauen liegen in der Medizin (Platz 6), der Germanistik (Platz 7) und den Erziehungswissenschaften (Platz 9) vorne.

Fazit: Auch wenn die Wahl der Ausbildungen und Studiengänge noch von den traditionellen Geschlechterrollen geprägt zu sein scheint, geht es doch aufwärts: Immer mehr junge Frauen können sich für technische Berufe begeistern.

wü/Quelle: [www.news4teachers.de/2015/12/maedchen-in-die-wirtschaft-jungen-in-die-technik-die-beliebtesten-berufe-und-studiengaenge/](http://www.news4teachers.de/2015/12/maedchen-in-die-wirtschaft-jungen-in-die-technik-die-beliebtesten-berufe-und-studiengaenge/)

### ► SHELL-JUGENDSTUDIE Wir wollen mitreden!

Was bewegt unsere Jugend? Auf diese Frage gibt die 17. Shell Jugendstudie Antworten. Besonders wichtig: Jugendliche und junge Erwachsene setzen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sind offen gegenüber Zuwanderern – und sie wollen mitreden und mitbestimmen. Das macht Hoffnung auf die Zukunft.

Gefragt wurden über 2.500 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 25 Jahren nach Dingen wie ihrer Wertorientierung und den ihrer Meinung nach wichtigsten gesellschaftlichen Prioritäten. Ganz oben bei der Frage nach den wichtigsten Werten steht ein gutes Familienleben – das meinen neun von zehn Befragten. Als wichtigste gesellschaftliche Priorität – nach

Kindern und Familie – gilt Bildung, Wissenschaft und Forschung. Aktuell: 82 Prozent gaben „Die Vielfalt der Menschen anerkennen und respektieren“ als wichtig an. Die zukünftige Generation fürchtet die Flüchtlinge aus fremden Ländern weniger als die Fremdenfeindlichkeit. Auch das Interesse an Politik und politischem Engagement steigt. 83 Prozent wünschen sich, dass die Belange ihrer Generation in der Politik mehr berücksichtigt werden.

„Das ist für mich ein großartiges Zeichen“, meint die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Ein Grund zur Freude ist es auch, dass 61 Prozent der jungen Menschen zuversichtlich in ihre persönliche Zukunft blicken – mehr als in

den Jahren davor. Doch es gibt auch Schattenseiten: 15 Prozent der Befragten zählen sich zu den „Abgehängten“, die keinerlei Zukunftsperspektive für sich erkennen können.

Fazit: Die Einstellung der jungen Generation ist optimistisch. Das macht Hoffnung – und zeigt einmal mehr, welcher Wert Schule zukommt. Hier werden Werte und Haltungen vermittelt, die Jugendliche auf ihre Verantwortung in der Gesellschaft vorbereiten.

wü/Quelle: [www.news4teachers.de/2015/10/shell-studie-attestiert-jugendlichen-verantwortungsgefuehl-schwesig-wir-koennen-stolz-sein-auf-diese-generation/](http://www.news4teachers.de/2015/10/shell-studie-attestiert-jugendlichen-verantwortungsgefuehl-schwesig-wir-koennen-stolz-sein-auf-diese-generation/)



Foto: www.fotolia.de

## „Ich habe großes Vertrauen und Zutrauen in unsere Lehrerinnen und Lehrer“



Vertreter des VRB-Landesverbandes trafen sich kurz vor dem Jahreswechsel mit Bildungsministerin Vera Reiß zum Austausch über aktuelle schulpolitische Themen und Herausforderungen. Ministerin Reiß sieht mit Zuversicht der weiteren Entwicklung der Realschule plus entgegen. Die Rahmenbedingungen für Unterricht und Schule möchte sie – auch vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen – schrittweise weiterentwickeln.

**RBiRP: Frau Ministerin, Sie haben anlässlich der Verabschiedung des ersten Schülerjahrgangs der Realschule plus die Paul-Gillet-Realschule plus mit FOS in Edenkoben besucht. Sie zeigten sich dort zufrieden, was die Entwicklung der jungen Schulart anbelangt, und teilten den Absolventinnen und Absolventen mit, sie könnten mit großer Zuversicht in die Zukunft blicken. Was ist aus Ihrer Sicht das Plus dieser Schulart?**

*Vera Reiß:* Zunächst muss man sagen, dass das Plus seine absolute Berechtigung hat. Die Stärke der Realschule plus ist die Reale Bildung – also ein Bildungsangebot, das sich an den ökonomischen, gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten der modernen Berufswelt orientiert und die Schülerinnen und Schüler sehr gut darauf vorbereitet.

**RBiRP: Was stimmt Sie so zuversichtlich, dass die Realschule plus weiterhin gut angenommen werden wird?**

*Vera Reiß:* Die Realschule plus braucht sich im „Konzert der Schularten“ nicht zu verstecken. Als aufstiegsori-

enterte Schulart hat sie den Schülerinnen und Schülern viel zu bieten. In Edenkoben konnte ich mit einigen Absolventinnen und Absolventen des ersten Jahrgangs ins Gespräch kommen, und dabei hat sich gezeigt, dass die Abgänger sehr genau wissen, wie es nach ihrem Abschluss weitergeht – ob nun in der Ausbildung, oder auf einer weiterführenden Schule wie zum Beispiel der Fachoberschule.

Ja, und auch die Fachoberschule wird gut angenommen. Also, Grund genug zuversichtlich zu sein. Dennoch müssen wir einige Punkte angehen, um die Attraktivität der Realschule plus weiter zu stärken.

**RBiRP: Diese sind?**

*Vera Reiß:* Wir müssen sehen, dass sich die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau einpendeln muss. Das haben wir im jetzigen Schuljahr bereits geschafft. Mit einem Versorgungsgrad von 98,9 Prozent haben die Realschulen plus den besten Wert seit dem Start dieser Schulart im Jahr 2009. Und das haben wir weiterhin im Auge. Dann müssen wir die Realschule plus stärker kommunizieren, und das geht am besten dadurch,

dass in einem Kontext mit anderen Schularten ihre Vorzüge herausgestellt werden. Wir werden in allen vierten Klassen Broschüren austeilen, in denen genau das gemacht wird. Hier sind wir auf die Anregungen des VRB eingegangen. Auch die Weiterentwicklung der Fachoberschule wollen wir angehen. Der nächste Schritt könnte z.B. die Einführung weiterer Fachrichtungen sein. Und wir wollen den Einstieg in die Erweiterung des Funktionsstellentableaus schaffen, damit soll der Übernahme von mehr Aufgaben an der Realschule plus Rechnung getragen werden.

Wir werden also viel tun, um deutlich zu machen, dass die Realschule plus eine hochakzeptierte und hochqualifizierte Schulart ist.

**RBiRP: Sie haben selbst davon gesprochen, dass die Realschule plus in der jüngsten Vergangenheit zusätzliche Aufgaben übernommen hat. Stichworte sind z.B. Inklusion und Migration. Wir sind skeptisch, ob unsere Kolleginnen und Kollegen das alles schaffen. Wie werden Sie die Lehrkräfte unterstützen?**

Vera Reiß: Ich habe großes Vertrauen und Zutrauen in unsere Lehrerinnen und Lehrer. Aber ich will auch gar nicht drumherum reden: Es ist die Aufgabe der Landesregierung, vernünftige und gute Rahmenbedingungen für das Unterrichten zu schaffen. Es ist doch völlig klar, dass die Rahmenbedingungen sukzessive weiterentwickelt werden müssen: Sie müssen immer an die aktuellen Bedingungen angepasst werden. Aus diesem Grund haben wir den auf dem sogenannten Klemm-Gutachten basierenden Abbaupfad für Überhänge bei der Lehrerversorgung beendet. Die Schülerrückgänge waren, auch bedingt durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, geringer ausgefallen, als die Statistiker das prognostiziert hatten.

#### **RBiRP: Wie wirkt sich das auf den Arbeitsplatz Schule aus?**

Vera Reiß: Nun, es wird gute Einstellungsperspektiven für junge Lehrkräfte geben. Uns ist es wichtig, gerade Vertretungslehrkräften gute Perspektiven auf dauerhafte Einstellung zu eröffnen. Eine vernünftige Einstellungspolitik hilft auch, vernünftige Beschäftigungsbedingungen zu sichern. In Zahlen heißt das, dass im Schuljahr 14/15 rund 250 Stellen, die laut Klemm-Gutachten gestrichen werden sollten, im Bildungssystem geblieben sind. Für das Schuljahr 15/16 sind 430 Stellen mehr besetzt worden als mittelfristig geplant war. Dabei wurden für alle Schularten insgesamt 240 zusätzliche Lehrerstellen neu geschaffen. Insgesamt sind mehr als 1200 Lehrkräfte zu diesem Schuljahresanfang eingestellt worden. Und für 2016 sind über die Wiederbesetzung von freigewordenen Stellen – z.B. aufgrund von Pensionierungen – hinaus 670 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im Schuldienst im Haushalt verankert.

Wir wollen aber auch genauer hinschauen, was belastende Faktoren am Arbeitsplatz Schule sein können. Aus diesem Grund haben wir die Mittel für das Institut für Lehrergesundheit um 150.000 Euro aufgestockt.

Auch das Pädagogische Landesinstitut ist bei dem Thema Lehrergesundheit involviert.

#### **RBiRP: Unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen in bestimmten Bereichen auch mehr professionelle Unterstützung. Denken wir an das Thema Inklusion. Welche Probleme sehen Sie hier zum Beispiel im Inklusionsalltag einer Schwerpunktschule?**

Vera Reiß: Inklusion ist eine perspektivische Aufgabe, der wir uns Schritt für Schritt annehmen müssen. Wir müssen mehr als bisher den spezifischen Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen. Eine Schule im sozialen Brennpunkt benötigt mitunter eine stärkere Unterstützung als vergleichbare Schulen auf dem Land. Das gilt auch für die Schwerpunktschulen. Wir brauchen also eine punktgenaue Versorgung. Natürlich wollen wir Lehrerinnen und Lehrer nicht überfordern mit Aufgaben, die andere Professionen besser erfüllen können und müssen. Aus finanziellen Gründen werden wir aber nicht jeder Schule im Land einen Schulsozialarbeiter zur Verfügung stellen können.

#### **RBiRP: Wie gehen Sie in diesem Zusammenhang mit der Bewältigung der Zuwanderung von Flüchtlingen um?**

Vera Reiß: Auch hier müssen wir zu einer punktgenaueren Versorgung kommen, die flexibel auf die nicht steuerbaren Zuströme von Flüchtlingskindern reagiert. Wir können mit dem bisherigen Verfahren zur Bedarfsabfrage über Gliederungspläne so nicht weitermachen. Wir machen bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingskindern Sonderauswertungen des FMI-Bogens und steuern bedarfsgerecht mit zusätzlichen Ressourcen nach. Hierfür gibt es sowohl in der ADD als auch im MBWWK zentrale Ansprechpartner. Mir ist an dieser Stelle auch wichtig festzuhalten, dass alle Schularten bei der Bewältigung der Migrationsströme eingebunden werden müssen.

#### **RBiRP: Die Kolleginnen und Kolle-**

#### **gen der Realschule plus und der Gesamtschulen haben ein großes Paket zu stemmen. Frau Ministerin, was wollen Sie unseren Kolleginnen und Kollegen abschließend mit auf den Weg geben?**

Vera Reiß: Lehrkräfte mögen niemals ihren pädagogischen Ethos und ihre Leidenschaft aufgeben. Dafür habe ich sie immer bewundert. Ich möchte den Lehrkräften im Rahmen meiner Möglichkeiten unterstützend zur Seite stehen, damit sie die notwendige Freude, die man braucht, wenn man gute Arbeit machen will, nicht verlieren.

#### **RBiRP: Wir bedanken uns für das Gespräch!**

*Das Gespräch führten für den VRB der Vorsitzende Bernd Karst, der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Wünschel sowie die Vorstandsmitglieder Timo Lichtenthäler und Michael Eich.*

*Text: Eic / Foto: Wü*

#### **Noch vage? Ein Nachtrag.**

*Das Gespräch mit Ministerin Reiß fand am Ende der Legislaturperiode 2011/16 statt. Es hätte demnach auch ein Bilanzgespräch sein können.*

*Dass es ein Gespräch des vorsichtigen Ausblicks wurde, spricht für Frau Reiß, auch wenn mit Blick auf die Wahlzäsur ihre Aussagen insgesamt wenig konkret und natürlich auch nicht besonders pointiert ausfielen. Sie fühlt sich allerdings, das lässt sie erkennen, sicher und auf dem richtigen Weg. Als Herzensanliegen nennt sie die bereits angestoßene Stärkung der Berufswahlvorbereitung über alle Schularten hinweg sowie die Unterstützung und Weiterentwicklung von Realschule plus und Fachoberschule. Und: Sie will keinesfalls eine weitere Schulreform ankurbeln, sondern vielmehr das Miteinander der Schularten stärken. Das dürfte klug sein und passt zu ihrer Antwort auf die Frage am Rande, was sie in der Nachfolge Doris Ahnens als wichtigsten Erfolg ihrer noch kurzen Amtszeit sehe: „Dass ich Kontinuität sichern konnte, ohne mich persönlich zu verbiegen.“*

*Wü*

► VRB IM GESPRÄCH MIT DER CDU

## Schulpolitik muss Anreize bieten



**Zu einem Meinungsaustausch im Vorfeld der Haushaltsberatungen trafen sich Bernd Karst, Wilfried Rausch und Timo Lichtenthäler mit den Mitgliedern des CDU Arbeitskreises Bildung MdL Bettina Dicks (Sprecherin), MdL Martin Brandl und Fachreferent Gereon Geissler am 17. November in Mainz.**

Der VRB monierte, dass die im Haushalt 2016 veranlagten Mittel für Bildung knapp bemessen seien. Die schulischen Herausforderungen erforderten nicht nur für das Haushaltsjahr 2016 höhere Investitionen. Insbesondere die Beschulung der Flüchtlingskinder, die Umsetzung der Inklusion in den Schwerpunktklassen, der innere Ausbau der Realschulen plus wie auch notwendige Entlastungen der Kolleginnen und Kollegen könnten nicht im Sparmodus bewältigt werden. Die Einstellungspraxis, so der Landesvorsitzende Bernd Karst, müsse verändert werden. Befristete Beschäftigungsverhältnisse seien unzumutbar. Die Landesregierung sei gegenüber den jungen Lehrkräften in der Pflicht, flexible Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen, um ihnen Anreize und Perspektiven für den Schuldienst in Rheinland-Pfalz zu bieten.

### Mehr Flexibilität bei Vertretungsmitteln

MdL Bettina Dicks betonte, dass die Landes-CDU der Bildung einen hohen Stellenwert einräume. Auch die CDU strebe mehr Flexibilität bei der Verwendung von Vertretungsmitteln an.

Die Mitglieder des CDU-Arbeitskreises stellten Inhalte ihres Parteiprogramms im Bildungsbereich dar. Ein wichtiges Ziel der Landes-CDU sei es, die Realschulen plus zu stärken. Die neue Schulart müsse durch innere Umstrukturierungen attraktiver gemacht werden.

Bernd Karst hob hervor, dass ein Attraktivitätszuwachs der neuen Schulart nicht nur über inhaltliche Veränderungen zu erreichen sei. Für die Attraktivität sei ebenso wichtig, schon frühzeitig die Chancen für Schüler und Eltern herauszustellen, die sich mit dem Besuch der Realschule plus böten.



## ► DBB HERBSTSITZUNGEN: VORSTAND UND HAUPTVORSTAND

## Zustrom der Asylbewerber Vorrangthema

Anfang November trafen sich Vorstand und Hauptvorstand des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion in Mainz. Für den VRB nahmen Wolfgang Wünschel und Timo Lichtenthäler teil. In beiden Sitzungen wurde über die Arbeit der Landesleitung, der dbb arbeitnehmervertretung sowie der der dbb-jugend berichtet.

Im Mittelpunkt standen die Herausforderungen, vor die sich nahezu alle Verwaltungsparten des öffentlichen Landes- und Kommunaldienstes gestellt sehen. Verabschiedet wurde eine EntschlieÙung „Asylkrise und öffentlicher Dienst. Mehr Personal und mehr Mittel zur Bewältigung der stetig wachsenden Aufgaben.“ Darin fordert der dbb rheinland-pfalz zur Bewältigung der mit dem nach wie vor ansteigenden Asylbewerberzustrom verbundenen organisatorischen und humanitären Aufgaben für den öffentlichen Dienst mehr Personal, mehr Finanzmittel sowie klare und zügige Verfahren.

### Mindestens 1.000 Beschäftigte fehlen für Aufgaben

Auszug: „Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation muss schnell mehr Geld ins Sys-

tem, unter Umständen durch Aussetzen der sogenannten ‚Schuldenbremse‘ (...). Mindestens 1.000 Beschäftigte fehlen derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Sozialämtern, den Ausländerbehörden, den Gesundheitsämtern, in der Arbeitsverwaltung, im Bildungsbereich und bei der Polizei sowie in den Landesmittelbehörden und zum Beispiel im Justiz- und Justizvollzugsdienst, bei der Liegenschafts- und Bauverwaltung – Tendenz täglich steigend. Der zusätzliche Personalbedarf ist durch intelligente, mittel- und langfristige Konzepte sicherzustellen (...).“

Der vollständige Text findet sich unter [www.dbb-rlp.de/wir/positionen/positionen.htm](http://www.dbb-rlp.de/wir/positionen/positionen.htm). Die Resolution wurde an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen übermittelt.



Foto: Hestermann



## ► ZUKUNFTSORIENTIERUNG REALSCHULE PLUS UND INTEGRIERTE GESAMTSCHULE

## Vorbereitung auf Beruf und Studium



Für Eltern scheinen Abitur und Studium immer mehr die sichere Garantie für ein gutes Leben zu sein. Viele Möglichkeiten und Zukunftschancen, die mit Abschlüssen und Bildungs- und Lebenswegen jenseits von Abitur und Universitätsstudium einhergehen, sehen und kennen aufstiegsorientierte Eltern noch nicht. Sie möchten den „Bildungsweg“ für ihr Kind möglichst lange offen halten.

Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen müssen auf diese veränderten gesellschaftlichen Ansprüche reagieren, um sich als attraktive Schulformen am „Bildungsmarkt“ zu behaupten. Es reicht nicht aus, einseitig auf Berufsorientierung und auf die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf zu setzen. Es reicht aber ebenfalls nicht aus, Schülern einfach den Zugang zum Studium zu erleichtern, ohne dass sie tatsächlich hochschulreif sind. Die diesjährige Kooperationsveranstaltung von SchuleWirtschaft Rheinland-Pfalz und dem Verband Reale Bildung

(VRB) ging aus diesem Grund der Frage nach, welche Chancen eine besser „verzahnte“ Berufs- und Studienorientierung bietet.

### Interessen der Jugendlichen stehen im Mittelpunkt

„Wir machen Berufsorientierung, aber anders!“ Mit dieser Aussage eröffnete Herbert Petri, Leiter der Stabsstelle für Berufsorientierung im MBWWK, seinen Impulsvortrag. Für ihn stehen die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Fokus, die zum Teil von den Eltern falsch eingeschätzt werden. Nicht alle Jugendliche wollen Abitur machen und ein Hochschulstudium absolvieren. Die Eltern müssten über die unterschiedlichsten Bildungswege und damit einhergehenden Aufstiegsmöglichkeiten besser informiert werden. Hier sollte künftig in der Berufsorientierung verstärkt angesetzt werden. Schüler, Eltern und Experten aus Bereichen für die Duale Ausbildung, die Studienorientierung und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit sollen an diesem Tag zusammengeführt werden, um sich gemeinsam über Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten austauschen zu können.

Das vom MBWWK ausgearbeitete Konzept ist für die Realschulen plus und Gesamtschulen nichts Neues, lediglich eine Bündelung der bereits stattfindenden Angebote nach den gefassten Richtlinien. Die Elternarbeit erfährt allerdings eine Aufwertung, denn es wird nun versucht, die Eltern gezielt bei der Berufswahlorientierung ihres Kindes einzubeziehen.



VRB-Referent Michael Eich: Die Realschule plus muss mit anspruchsvollen Angeboten gezielt leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ansprechen.

Foto: VRB

### Unternehmen setzt auf duale Ausbildung

Um von Unternehmenseite zu hören, wie die Firmen auf die veränderten Ansprüche von jungen Menschen an Ausbildung reagieren, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ersten Veranstaltungstag das Werksgelände der Firma Boehringer Ingelheim besuchen.

Stefan Hüppe, der deutschlandweite Leiter der Ausbildung bei Böhrringer Ingelheim, hob hervor, dass auch bei der Ausbildung stärker differenziert werden müsse: „Schwächere müssen gefördert und Stärkere gefordert werden“. Schulabgänger mit Berufsreifeabschluss, qualifiziertem Sekundarabschluss I und mit Abitur können sich um einen Ausbildungsplatz bewerben und bekommen bei Böhrringer Ingelheim eine Chance. Nach wie vor setzt das Unternehmen auf die duale Ausbildung, um die Fachkräfte von morgen zu gewinnen. Allerdings müsse die Ausbildungsreife der Schulabgänger wieder mehr im Fokus der Bildungspolitik stehen. Worauf der Pharmazeutik-Konzern Wert lege, seien Basiskompetenzen wie beispielsweise das Beherrschen von Grundrechenarten und der deutschen Rechtschreibung. Auch grundlegende Werte wie Leistungsbereitschaft, Pünktlichkeit, Höflichkeit und Teamfähigkeit müssen erfüllt sein. Boehringer Ingelheim testet die Bewerberinnen und Bewerber mehrheitlich in Assessment-Centern, bevor Ausbildungsverträge angeboten werden.

### Eigenverantwortung der Auszubildenden fördern

Auch bei der Drogeriemarktkette dm weiß man, dass in allen „Schülern Potenziale schlummern, die man herauskitzeln muss“, wie Susanne Otto betont, die in dem Unternehmen für die Aus- und Weiterbildung mitverantwortlich ist. Während der dreijährigen Ausbildung zum Drogisten stellen sich die Azubis u. a. der Herausforderung, für vier Wochen eigenverantwortlich eine dm-Filiale zu führen, mit allem was dazu gehört. Die Auszubildenden müssen ihre Stärken reflektieren und weisen sich ihre Rollen selbst zu, z. B. wer die Filialeitung übernimmt, wer die Dienstpläne schreibt und wer die Bestellung der Waren übernimmt.

Während des zweitägigen Austauschs wurde immer wieder deutlich, dass die intrinsische Motivation der Schüler für ihre Berufs- oder Studienwahl der Schlüssel sein muss. Ihre Interessen, Fähigkeiten und Stärken müssen erkannt, gefordert und gefördert werden. Wer Spaß an der Sache hat, bleibt am Ball und strebt nach einem guten Abschluss. Bei diesem Vorhaben sollten und müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen: Schüler, Eltern, Lehrer und Ausbilder in den Betrieben.



Heidi Becker, Katharina Becker, Nadine Schmitt-Hörth und Christoph Krier

Foto: VRB



Herbert Petri und Timo Lichtenthäler

Foto: VRB





## ► FLÜCHTLINGSDEBATTE Integration gelingt nur über Sprache

Ehemaliger Umweltminister und Landrat des Kreises Altenkirchen Dr. Alfred Beth engagiert sich als Schulpate an der Realschule plus und Fachoberschule Altenkirchen und unterstützt die Flüchtlingskinder dabei, die deutsche Sprache zu erlernen.

Die Schulpaten sehen ihre Aufgaben darin, ergänzend zu den hauptamtlichen Lehrkräften die sprachliche Integration der Kinder zu fördern und gleichzeitig die Flüchtlingskinder mit deut-

scher Kultur und Lebensweise vertraut zu machen. Dr. Alfred Beth bereitet seine ehrenamtliche Tätigkeit an der Schule viel Freude.

Erfolgreiche Integration erfordert nach Dr. Beth die schnellstmögliche Sprachförderung an den Schulen. Nur wenn die Flüchtlingskinder die deutsche Sprache beherrschten, hätten sie die Chance, Bildungsabschlüsse zu schaffen und in unserer Gesellschaft, insbesondere in der Arbeitswelt, Fuß zu fassen.

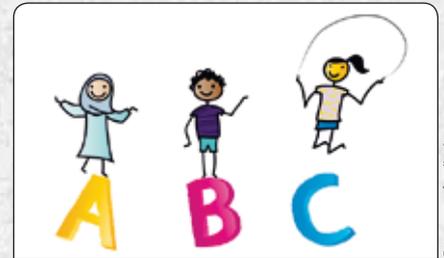


Foto: www.fotolia.de

Die Schulen gäben sich größte Mühe, mit ihren beschränkten Mitteln einen intensiven Sprachunterricht zu erteilen. Insbesondere für die Kinder, die bildungsmäßig ganz weit zurücklägen, gäbe es Handlungsbedarf. „Wenn der Staat Flüchtlinge nicht nur aufnehmen, sondern auch integrieren will, dann muss vor allem der Bund mehr Geld in die Sprachförderung investieren“.

*Ra/Quelle: Westerrwälder Zeitung vom Dienstag, 27. Oktober 2015, Seite 18*

## ► REALE BILDUNG IN DER POLITIK ANGEKOMMEN

# Merkel und Dreyer werben für Duale Ausbildung

**Beim 17. Jahresempfang der Wirtschaft am 12. Januar 2016 in Mainz sprachen sich die Spitzenpolitikerinnen und Vertreter der Wirtschaft unisono dafür aus, dass die Balance zwischen betrieblicher Ausbildung und akademischer Bildung wieder hergestellt werden müsse.**

Im Hauptreferat war die Duale Ausbildung der Bundeskanzlerin eine kurze Zwischenbemerkung wert, die noch einmal die Bedeutung der Aussagen im vorangegangenen Tabletalk hervorhob.

Beim Tabletalk hatten sich Frank Heinrich, Vorstandsvorsitzender des Glas-technikspezialisten Schott, Reimund Niederhöfer, Geschäftsführer des Haus-

technikunternehmens Dornhöfer und Ministerpräsidentin Malu Dreyer ausführlich mit der betrieblichen Ausbildung und dem Fachkräftemangel auseinandergesetzt.

Beide Wirtschaftsvertreter sehen die Politik in Zugzwang. Die Duale Ausbildung, die als deutsches Erfolgsmodell im Ausland immer mehr Anhänger und Anwender finde, laufe Gefahr, am Wirtschaftsstandort Deutschland ins Abseits zu geraten. Beide beklagten die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger.

Als weiteren Problembereich benannten die Wirtschaftsvertreter das Elternverhalten im Zusammenhang mit der Schul- und Berufswahlentscheidung. Schule müsse in stärkerem Maße die Elternaufgaben in der Beratung übernehmen.

Malu Dreyer verwies darauf, dass die Wirtschaftsvertreter seit Jahren über die Ausbildungsreife klagen würden. Sie bitte aber die Wirtschaftsvertreter zur Kenntnis zu nehmen, dass die Schulleistungen der Schüler bei den Erhebungen sich verbessert hätten und viele Jugendliche aus Rheinland-Pfalz bei „Jugend forscht“ hervorragende Leistungen erzielt hätten. Sie verwies darauf, dass Schüler und Eltern durch ein neues Beratungskonzept im Rahmen der Berufsorientierung fundiertere Informationen bekämen. Sie versprache sich davon einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft.



## ► KOMMENTAR

# Werbung für Duale Ausbildung?

Sicherlich war der Jahresempfang mit der Bundeskanzlerin als Hauptrednerin nicht darauf angelegt, die Diskussion über Ausbildungsreife und Schulleistungen der Schulabgänger vertiefend zu behandeln. Die Bundeskanzlerin und die Wirtschaftsvertreter wollten möglichst viele aktuelle Themen wie zum Beispiel die Flüchtlingsproblematik zur Sprache bringen.



Der Andrang zum Wirtschaftsempfang war riesig. Ein Teil der 4.000 Gäste musste die Veranstaltung im Gutenbergsaal per Videoübertragung verfolgen.

Fotos: Wilfried Rausch

Bei dem Besucher bleibt dennoch ein Unbehagen, ob den Bekenntnissen der Politiker zur Dualen Ausbildung weitere wirksame Maßnahmen folgen werden, die die Reale Bildung stärken werden.

Ein Blick auf die Antworten der Parteien zu unseren konkreten Fragen der Wahlprüfsteine kann erste Aufschlüsse geben. In unseren Wahlprüfsteinen haben wir, wie auch die Wirtschaftsvertreter, auf die Notengebung in den Abschlusszeugnissen hingewiesen, die nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren würden, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich seien.

## Unterschiedliche Bewertungen

In ihrer Antwort auf unsere Fragen bewerteten die GRÜNEN positiv, dass immer mehr Kinder und Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Dadurch würden die beruflichen Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten verbessert werden. Die GRÜNEN, die die Wirtschaftsministerin in der Landesregierung stellen, scheinen für die deutlichen Hinweise der Wirtschaft noch nicht zugänglich zu sein.

Für die SPD ist ein Absinken des Leistungsniveaus statistisch nicht belegbar. Die Aussagen der Wirtschaft und der Hochschulen seien nicht länderspezifisch. Die SPD sieht in einer Intensivierung der Berufsorientierung und vor allem im für

alle Schulformen ab Klassenstufe 8 verpflichtenden Tag der Berufs- und Studienorientierung die Problemlösung.

CDU und FDP sprechen wie die Wirtschaftsvertreter das Problem offen an, wenn sie eingestehen, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler nur unzureichend für eine berufliche und akademische Ausbildung (FDP) vorbereitet sind. CDU und FDP fordern daher, dass der mittlere Bildungsabschluss aufgewertet werden muss. Eine Aufwertung aller schulischen Abschlüsse sei nach CDU mittels zentraler Abschlussprüfungen zu erreichen.

## Schule als Problemlöser?

Der Hinweis seitens der Wirtschaftsvertreter auf das Elternverhalten ließ an Deutlichkeit keinen Zweifel aufkommen. Die Eltern üben in der Schullauf- und Berufswahlentscheidung sicherlich den größten Einfluss auf ihre Kinder aus. Inwieweit die Elternentscheidung sich immer am Wohl des Kindes orientiert, scheint fraglich. Die Wirtschaftsvertreter wollen daher die Schulen stärker in die Pflicht nehmen. Das ist nicht verwunderlich. Einer muss es richten.

Die Landesregierung steht voll auf der Seite der Wirtschaft, wenn es darum geht, Schulen mit der Problemlösung zu betrauen. Schulen sollen durch eine In-

tensivierung der Berufsorientierung einen wirksamen Beitrag leisten, den in früheren Jahren Eltern in der Erziehung ihrer Kinder erbracht haben.

Aber kann es die Wirtschaft wirklich zufriedenstellen, wenn Schulen ständig neue Aufgaben zugewiesen bekommen. Bleibt dann den Lehrkräften noch genügend Zeit für Unterricht und die Sicherung der Unterrichtsqualität?

Die Intensivierung der Elternberatung in Berufs- und Studienfragen ist sicherlich richtig und hilfreich. Aber machen wir uns nichts vor, Eltern haben sich in der Vergangenheit sehr oft beratungsresistent gezeigt. Die Erfahrungen in der zeitaufwändigen Elternberatung bei den Schullaufbahnentscheidungen sind eindeutig.

## Schiefelage nicht beseitigt

So erfreulich es ist, dass die Reale Bildung als Thema bei den Spitzenpolitikern angekommen ist, allein von dem Erkenntnisgewinn, dass die Balance zwischen betrieblicher Ausbildung und akademischer Bildung wieder hergestellt werden muss, kann auf Dauer die Schiefelage nicht beseitigt werden.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

## ► PÄDAGOGISCHE GESPRÄCHE

# Zum Abschluss „Orientierung bieten“

## Ministerin will digitale Bildung statt digitalisierter Schule

Die Reihe der rheinland-pfälzischen Gespräche zur Pädagogik „Impulse für den Unterricht der Zukunft“ wurde Ende November mit dem Thema „Vom Potenzial zur Perspektive - Orientierung bieten, Übergänge gestalten“ vorläufig abgeschlossen. Über einen Zeitraum von zwei Jahren wurden in den vorausgegangenen Gesprächen Impulse gesetzt in den Bereichen „Beziehungsgestaltung“, „Wertschätzung“, „Medienkompetenz“ und „Lebenswelten“. Koordiniert wurden die pädagogischen Gespräche vom pädagogischen Landesinstitut (PL), deren Leiterin, Dr. Birgit Pikowsky, sich im Blick nach vorne wünscht, Bildungsöffentlichkeit herzustellen und künftig noch stärker alle an Schule beteiligten Gruppen als Experten einzubinden.



Bildungsministerin Vera Reiß beschrieb die Reihe als ein Format, in dem nicht zeitaktuelle bildungspolitische Fragen erörtert, sondern neue Blickwinkel eingenommen werden. Es werde dabei zum einen mit denen gesprochen, „die Schule jeden Tag gestalten und hautnah erleben“, zum anderen mit Experten, die „über die Zukunft von Bildung reden und vielleicht ein paar Visionen entwickeln.“

Der externe Experte bei der Schlussveranstaltung war Dr. Jörg Dräger, seit 2008 Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung für die Bereiche Bildung, Inte-

gration und Demokratie. Von 2001 bis 2008 war er Wissenschaftssenator in Hamburg. Es ging ihm bei seinem Thema „Von Potenzialen und Perspektiven – Berufsorientierung ganzheitlich denken“ am Rande um die beiläufige Beförderung eigener Verlagsinteressen und in der Hauptsache um folgende Impulse:

- Sensibilisieren, dass in der Berufsorientierung noch nicht alle Potenziale abgerufen werden;
- Überzeugen, dass der „Leitfaden Berufsorientierung“ bei der Erschließung der Potentiale hilft;

- Über den Tellerrand blicken, wie man Algorithmen und Software in der Berufsorientierung nutzen kann.

Mit Geschichten und Daten aus der digitalisierten Welt in den USA zog er seine Zuhörer in die Vorstellung, dass die Berufsorientierung und Beratung mit digitaler Unterstützung über folgende Felder noch besser werden könne:

- Datenbasierte Lernweggestaltung,
- Berufswegplanung anhand Big Data,
- Elektronisches Portfolio und
- Digitale Kompetenzfeststellung.

In der anschließenden Podiumsrunde „Wirtschaft und Politik im Gespräch“ nutzte Ministerin Reiß die Chance, diese Visionen zu erden. Sie bekannte sich zur digitalen Bildung, nicht aber zur Digitalisierung von Schule und Unterricht. Und sie zeigte wenig Interesse an der Vorstellung, dass die Drägerschen Visionen Europa erreichen. Ihre eigenen bildungspolitischen Zielsetzungen sieht sie unter anderem in dem Bestreben, die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg weiter zu schließen und dafür zu sorgen, dass die digitalen Medien nicht zu neuen Ungleichheiten führen. Eine gläserne Schule will sie ausdrücklich nicht.

Zustimmung in der Podiumsrunde und beim Publikum fand sie darüber hinaus mit der Kritik an der PISA-OECD, die die Duale Ausbildung in Deutschland ignoriert hat.

In der von Ralph Szepanski (ZDF) moderierten Runde äußerten sich neben Dräger und Reiß auch die PL-Leiterin Dr. Birgit Pikowsky (wünscht sich diskursive Räume und viele Partner für die Schulen) und Daniel Brunner. Der Leiter der Aus- und Weiterbildung des Mercedes-Benz-Werkes Wörth blickte aus der Sicht eines ausbildenden Unternehmens auf das Thema Berufsorientierung bei Jugendlichen. Der Position, dass es so etwas wie ein Recht auf Scheitern bei der Berufswahl und -ausbildung gebe, setzte er den Wunsch und die Erwartung entgegen, dass Jugendliche in die Ausbildung die Haltung mitbringen, eingeschlagene Wege zu Ende zu bringen.

**Fazit**

War es Zufall, dass man im Podium auf die elterliche Überbehütung zu sprechen kam, die Josef Kraus in den Mittelpunkt seines Buches „Helikopter-Eltern“ stellt und als Prägung unmündiger Erwachsener kritisiert? Eher nicht – obgleich das Bewusstsein, dass Schule in den gleichen Sog geraten kann, sich noch kaum entfaltet hat: Eine intensive Vor- und Nachbereitung im Unterricht und die verstärkte Einbindung der Eltern solle die Wirkung dieses neuen verbindlichen Informationsangebots für die Berufs- und



**Zitate (Quelle: NL Staatskanzlei 27.11.2015)**

Jörg Dräger in seiner Bestandsaufnahme schulischer Berufsorientierung: „Lehrberufe werden immer anspruchsvoller, die Zahl der Studiengänge explodiert. Berufs- und Studienorientierung ist wichtiger als je zuvor. Doch in den Schulen sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgereizt.“

Vera Reiß zum neu eingeführten „Tag der Berufs- und Studienorientierung“: „Eine qualitativ hochwertige und erfolgreiche Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung hat für mich und für die gesamte Landesregierung eine ganz zentrale Bedeutung. Und das gilt auch für die Wirtschaft und die Hochschulen im Land. Auf der Basis eines in den Schulen bereits verankerten Berufsorientierungskonzepts, das mit vielen Praxiserfahrungen verbunden ist, wollen wir jetzt ab Februar mit einem verbindlichen Tag der Berufs- und Studienorientierung in der Mittel- und in der Oberstufe aller 186 Realschulen plus, der 55 Integrierten Gesamtschulen und der 150 Gymnasien die Beratung von Schülerinnen und Schülern über ihren möglichen weiteren Ausbildungsweg noch mehr systematisieren und verstärken. Expertinnen und Experten der Bundesagentur für Arbeit, der Kammern, der Unternehmerverbände, aus den berufsbildenden Schulen und den Hochschulen stehen dafür in den Schulen bereit. Profitieren werden davon 52.000 Schülerinnen und Schüler.“

**Fundstellen**

<http://gespraeche-paedagogik.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html>  
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/>  
 Bertelsmann Stiftung, Netzwerk Schulewirtschaft, MTO Psychologische Forschung und Beratung GmbH (Hrsg.): Leitfaden Berufsorientierung. Praxishandbuch zur qualitätszentrierten Berufs- und Studienorientierung an Schulen (20 )

Studienorientierung vertiefen und verstetigen. In der Entwicklung befinde sich aktuell zudem eine Smartphone-App, die die Schülerinnen und Schüler bei der Erstellung eines persönlichen „Fahrplans“ für die Zeit nach der Schule unterstützen soll. (Zitat NL Staatskanzlei)

Wü

► CORNELIA SCHWARTZ NEUE VORSITZENDE DES PHILOLOGENVERBANDES

## „Wir brauchen an den Schulen nicht eine Reform nach der nächsten.“



Die neu gewählte Vorsitzende Cornelia Schwartz (2. v. li.), ihr Vorgänger Malte Blümke (2. v. re.) und Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger (3. v. li.) versammelten sich zum Gruppenbild mit Ministerin Reiß, dem Festredner Prof. Nida-Rümelin (3. v. re.) sowie den Vertretern der befreundeten dbb-Verbände Karl-Heinz Fuß (VLW-li.), Ulrich Brenken (VLBS - 4. v. re.) und Bernd Karst (VRB - re.)

Foto: Wü

Die jüngste Vertreterversammlung des Philologenverbandes stand unter dem Motto „Innovation mit Tradition: Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz“. Sie legte die mittelfristige Verbandspolitik fest und beschäftigten sich in ihren Anträgen mit aktuellen Themen wie Unterrichtsversorgung, Einstellungssituation, Inklusion und Flüchtlingspolitik. Gewählt wurde ein neuer Geschäftsführender Vorstand. Cornelia Schwartz aus Speyer folgt auf Malte Blümke, der nicht wieder kandidierte.

Die neu gewählte Landesvorsitzende forderte zu Beginn des öffentlichen Teils der Versammlung: „Wir brauchen an den Schulen nicht eine Reform nach der nächsten. Wir brauchen eine Phase der Reflexion: Worum geht es uns in der Bildung? Was sind unsere Werte? Wir brauchen eine Erneuerung des Bekenntnisses der Politik zum Gymnasium, zur gymnasialen Bildung.“

Den Festvortrag Prof. Dr. Julian Nida-Rümelins fasste der neue Pressereferent des Verbandes, Jochen Ring, folgendermaßen zusammen: Seine Ausführungen über den ‚Akademisierungswahn – zur Krise beruflicher und akademischer Bildung‘ wendeten sich gegen eine Bildungsideologie, die unter dem Einfluss von OECD und Bertelsmann-Stiftung das bewährte System der dualen Berufsausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz verunglimpfe und eine übertrieben hohe Akademikerquote anstrebte. Mit eindrucksvollem Fakten- und Zahlenmaterial belegte der Münchener Physiker und Philosoph seine Thesen:

- Ein Drittel aller Absolventen eines Architekturstudiums arbeiten in Deutschland unterhalb ihres Qualifikationsniveaus und verdrängen dabei Berufsabsolventinnen und -absolventen von ihrem angestammten Arbeitsplatz.
- Deutschland hat im Vergleich der Industriestaaten zwar mit die geringste Akademikerquote, dafür aber gleichzeitig auch die geringste Jugendarbeitslosigkeit, während sich die Situation in Frankreich nahezu umgekehrt darstellt.
- Die sogenannte „Great Gatsby“-Curve, die die soziale Mobilität im weltweiten Maßstab abbildet, platziert Deutschland knapp hinter den skandinavischen Ländern noch vor den USA und den anderen Staaten Europas.

Für den VRB nahmen Landesvorsitzender Bernd Karst und Wolfgang Wünschel an der Veranstaltung teil.

Wü

## ► INTERVIEW

# „Unsere Anliegen werden gehört!“

## RBiRP im Gespräch mit Manfred Schabowski

Die rheinland-pfälzische Landesvereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen plus hat dadurch auf sich aufmerksam gemacht, dass sie von Politik und Schulverwaltung für die Schulart Realschule plus Unterstützung und Gleichbehandlung einfordert. Es war demnach wohl kein Zufall, dass das Bildungsministerium Anfang Dezember unter dem Motto „Stärken fördern – Potenziale nutzen“ für die Schulleiterinnen und Schulleiter eine „Fachtagung der Realschule plus“ abhielt.

Sprecher der Landesvereinigung ist Manfred Schabowski. Er ist Schulleiter der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau. Schabowski sieht sich in seinem Ehrenamt nicht als Einzelkämpfer, die Weichen werden in regelmäßiger Abstimmung mit seinen Vorstandskolleginnen und -kollegen gestellt. RBiRP traf ihn zu einem Kurzinterview.

### **RBiRP: Was sind die aktuell wichtigsten Anliegen der Landesvereinigung?**

*Schabowski:* Das ist ein ganzes Bündel an Forderungen. Ich beschränke mich auf eine Kurzdarstellung in Stichworten:

Für die Stärkung der Realschule plus ist eine gute Unterrichtsversorgung unumgänglich.

Wir fordern die Senkung der Klassenmesszahl ab der Klassenstufe 7. Das ermöglicht, profilbildende Maßnahmen wirksam und nachhaltig umzusetzen.

Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit an unseren Schulen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen hier deutlich verbessert werden.

Die bestehenden Herausforderungen wie Inklusion, Heterogenität und Sprachförderung müssen auf alle Schularten gleich verteilt werden.

Neben einer spürbaren Entlastung für Schulleitungen brauchen wir auch eine Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen, denen zahlreiche außerunterrichtliche Aufgaben aufgebürdet werden. Nennen will ich beispielhaft die Kontakte zu verschiedenen außerschulischen Unterstützungsstellen, die Erstellung individueller Förderpläne, zeitintensive Elternkontakte und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Unsere Schulen brauchen einen besonderen Stundenpool, um darauf rasch und angemessen reagieren zu können.



### **RBiRP: Haben Sie den Eindruck, dass Ihre Forderungen gehört werden?**

*Schabowski:* Eine Forderung wird manchmal erst erfüllt, wenn man sie häufig und beharrlich stellt. Wir begrüßen deshalb die jüngste Entscheidung zur Schaffung zusätzlicher Funktionsstellen an großen und mittleren Realschulen plus. Als Landesvereinigung weisen wir gleichzeitig darauf hin, dass gerade kleinere Systeme der besonderen Fürsorge und Unterstützung bedürfen. Bei unseren regelmäßigen Gesprächen im Ministerium wird deutlich, dass unsere Anliegen ernst genommen werden. Erkennbar wird dies bei der Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Vergleich zum letzten Schuljahr, der Unterstützung bei der Bewältigung der Sprachförderung und der Bereitschaft nach einer Erweiterung der FOS-Schwerpunkte an einzelnen Standorten.

### **RBiRP: Die Landesvereinigung und der Verband Reale Bildung haben kürzlich in einem gemeinsamen offenen Brief an die Landtagsfraktionen Forderungen vorgetragen, die Realschule plus zu stärken. Wie war die Resonanz?**

*Schabowski:* Die Resonanz auf unsere Forderungen war durchweg positiv. Die SPD äußert die Absicht, unsere Anliegen durch eine Kontinuität bei der Versorgung mit Lehrkräften, vor allem durch die Umwandlung von Vertretungs- in Planstellen zu unterstützen. Die CDU nimmt eine Unterrichtsversorgung von 100+ und den Aufbau einer festen Vertretungsreserve in den Blick. Die GRÜNEN sehen eine Unterstützungsmöglichkeit für unsere Schulart vor allem im Bereich der Sprachfördermaßnahmen.

### **RBiRP: Das Ministerium hat den ehrenamtlichen Einsatz pensionierter Lehrkräfte für die Sprachförderung ins Auge gefasst. Was halten Sie davon?**

*Schabowski:* Die Integration und Sprachförderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eine Herausforderung, die

uns noch jahrelang beschäftigen wird. Den ehrenamtlichen Einsatz von pensionierten Lehrkräften begrüßen wir und wissen ihn als Zeichen der Anteilnahme und Unterstützung zu schätzen. Unsere Schulen brauchen darüber hinaus aber vor allem Kontinuität bei der Bewältigung dieser Aufgaben. Und diese angestrebte Kontinuität muss zur Einstellung von Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Zielsprache“ führen. Um neben der ehrenamtlichen Arbeit von Lehrkräften auch die zahlreichen Initiativen von Kirchen, Universitäten und Verbänden, die den Schulen als Unterstützung angetragen werden, zu integrieren, brauchen Schulen vor Ort auch Spielräume und Ressourcen für die schulspezifische Organisation in einer Art „Schule innerhalb der Schule“.

#### RBiRP: Wie positioniert sich die Landesvereinigung zur Wechselprüfung II?

Schabowski: Das Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen,

die mindestens drei Jahre erfolgreich an einer Realschule plus tätig gewesen sind, die Wechselprüfung II zu absolvieren, ist berechtigt. Der künftige Verzicht auf die universitären Anteile erscheint vor dem Hintergrund einer berufsbegleitenden Durchführung der Wechselprüfung konsequent.

Aus unserer Sicht sollten diese Bedingungen auch einer anderen Gruppe von Lehrkräften zu Gute kommen. Das sind die Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. an Realschulen, die an den Fachoberschulen zum Teil schon vier Jahre erfolgreich unterrichten und alle vorab eine Weiterbildungsmaßnahme absolviert haben.

**RBiRP: Wir danken für das Gespräch.**



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

#### ► INTERVIEW

## Fachoberschule Gesundheit – Schulabschluss ermöglicht Medizinstudium



GP-Unterricht Klasse FOS 12

Foto: Rech

**Der Realschule plus wurde im Rahmen der Schulstrukturreform eine Oberstufe in Form einer Fachoberschule (FOS) zugeordnet. Die Fachoberschule ist an derzeit 32 Standorten eine gut angenommene und etablierte Schulform der Sekundarstufe II in Rheinland-Pfalz.**

Der Abschluss der Fachoberschule, die „allgemeine Fachhochschulreife“, bietet auch wegen des Praxisbezugs vielfältige und attraktive Berufswege. Auch ein Studium ist mit diesem Abschluss möglich, wie das nachfolgende Interview mit Dr. Sabine Rech, Koordinatorin der Realschule plus und Fachoberschule Traben-Trarbach für die Fachrichtung Gesundheit verdeutlicht.

**VRB: Frau Dr. Rech, im Rahmen Ihrer Tätigkeit als FOS-Koordinatorin haben Sie ausführliche Recherchen betrieben, die ihren Schülerinnen und Schülern zeigen sollen, dass nach Erreichen der Fachhochschulreife Möglichkeiten einer akademischen Laufbahn offenstehen.**

*Dr. Sabine Rech:* Zu meiner eigenen „aktiven“ Uni-Zeit war die Option, ein Studium aufzunehmen, eng an die vorherige Schulwahl gekoppelt. Wer da nicht schon früh genug wusste, wohin der weitere Bildungsweg geht, war quasi vom Uni-Studium ausgeschlossen, oder der Zugang war erschwert.

Das hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Selbst ein Studium ohne Hochschul- oder Fachhochschulreife ist inzwischen an Universitäten möglich. Und für Absolventinnen und Absolventen der Fachoberschule gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten.

**VRB: Was haben Sie bei den Recherchen festgestellt?**

*Dr. Sabine Rech:* Vor allem hat mich interessiert, wie es mit den fachverwandten Studienfächern aussieht. Nachdem auch Berufserfahrene mit Mittlerer Reife aus den medizinischen Assistenzberufen ohne Sekundarabschluss II das Studium der Medizin aufnehmen dürfen (z.B. Johannes Gutenberg-Universität Mainz), stellte sich für mich die Frage, ob dieses Studium auch für Schülerinnen und Schülern der Fachoberschulen mit der Fachrichtung Gesundheit möglich ist.

Immerhin haben FOS-Schülerinnen und Schüler ein ganzes Jahr in einer medizinischen Einrichtung gearbeitet und dort wertvolle fachliche Erfahrungen gesammelt. Verknüpft mit den Unterrichtsinhalten des Faches Gesundheit und Pflege (GP), hat ein Absolvent bzw. eine Absolventin nach meiner Erkenntnis, die ich

durch meine eigene langjährige medizinische Laufbahn gestützt sehe, beste Voraussetzungen, den Veranstaltungen des Medizinstudiums zu folgen. Im Fach GP führen wir medizinische Inhalte mit Biologie, Biochemie und Chemie zusammen. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen weder bei der Ausbildung im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege noch im ersten Studiensemester resignieren.

**VRB: Halten Sie es für realistisch, ein solches Studium bewältigen zu können, wenn man „nur“ über die Fachhochschulreife verfügt?**

*Dr. Sabine Rech:* Durchaus, aber nicht jeder ist für ein Medizinstudium geeignet. Dies gilt im Übrigen auch für die Gymnasialisten. Der Numerus Clausus für Medizin, der dann auch für FOS-Absolventen gilt, liegt zurzeit bei 1,0. Dafür muss man schon etwas leisten. Aber gerade die Bedingungen der Fachoberschule machen dies möglich. Um einen „Praxis-Schock“ zu vermeiden, liegt den Lehrerinnen und Lehrern an Fachoberschulen besonders am Herzen, ein gutes Unterrichtsniveau zu halten. Die Rückmeldungen zu den durchgeführten Fachhochschulreifepfungen bestätigen diese Einschätzung.

Übrigens gibt es neben Medizin noch viele weitere Studienmöglichkeiten, die besonders für die Schülerinnen und Schülern interessant sein dürften, die in der Fachoberschule die Fachrichtung Gesundheit gewählt haben.

**VRB: Frau Dr. Rech, vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch. Ich wünsche Ihnen und Ihren Schülerinnen und**

**Schülern weiterhin viel Erfolg und Freude im Unterricht in der Fachoberschule.**

*Dr. Sabine Rech:* Vielen Dank. Ich hoffe, dass die Studienordnungen an den Universitäten in Rheinland-Pfalz den Bedürfnissen der Absolventinnen und Absolventen der Fachoberschule entsprechend novelliert werden. Schließlich benötigen wir dringend Ärzte und Fachkräfte im Gesundheitsbereich sowie Naturwissenschaftler.



FOS-Koordinatorin Dr. Sabine Rech zum Thema Angiopathien

Foto: Rech



**Heinz-Jörg Dähler**  
heinz-joerg.daehler@  
vrb-rlp.de

## Studiermöglichkeiten mit Fachhochschulreife

### Studium an Universitäten

Unmittelbar nach Erreichen der allgemeinen Fachhochschulreife an der Fachoberschule Gesundheit:

- **Medizin** Staatsexamen (Medizinische Hochschulen Niedersachsen: Göttingen, Hannover, Oldenburg)  
▶ **Ansprechpartner: Harald Friedrichs**  
**Leiter des Studiensekretariats**  
**Telefon: 05 11 / 5 32 60 16**
- **Biologie** Bachelor of Science (Philipps-Universität Marburg)  
▶ **Ansprechpartner: Werner Bachmann**  
**stellv. Leiter Studierendensekretariat**  
**Telefon: 0 64 21 / 2 82 22**  
**E-Mail: bachmann@verwaltung.uni-marburg.de**

- **Chemie** Bachelor of Science (Philipps-Universität Marburg)  
▶ **Ansprechpartner: s.o.**

Nach Erreichen der fachgebundenen Hochschulreife (Besuch der Berufsoberschule II Gesundheit und Soziales):

- **Medizin** Staatsexamen (Philipps-Universität Marburg)  
▶ **Ansprechpartner: Werner Bachmann**  
**stellv. Leiter Studierendensekretariat**  
**Telefon: 0 64 21 / 2 82 22**  
**E-Mail: bachmann@verwaltung.uni-marburg.de**

- **Pharmazie** Staatsexamen (Philipps-Universität Marburg)  
▶ **Ansprechpartner: s.o.**
- **Zahnmedizin** Staatsexamen (Philipps-Universität Marburg)  
▶ **Ansprechpartner: s.o.**

### Studium an Fachhochschulen (Hochschulen/Universities of Applied Sciences)

Unmittelbar nach Erreichen der allgemeinen Fachhochschulreife an der Fachoberschule Gesundheit. Prinzipiell berechtigt der Abschluss der allgemeinen Fachhochschulreife zum Studium aller Fächer an den Fachhochschulen Deutschlands. Interessant und neu für FOS-Absolventen mit Interesse an Gesundheitsberufen sind:

- **Physiotherapie** Bachelor of Science (Hochschule Trier)  
▶ **Ansprechpartner: Prof. Dr. rer. nat. Andreas Künkler**  
**Telefon: 06 51 / 81 03-5 73**  
**E-Mail: kuenkler@hochschule-trier.de**
- **Logopädie** Bachelor of Science (Hochschule Trier)  
▶ **Ansprechpartner: s.o.**
- **Ergotherapie** Bachelor of Science (Hochschule Trier)  
▶ **Ansprechpartner: s.o.**



## ► UNGENEHMIGTER UMFANG EINER NEBENTÄTIGKEIT Dienstentfernung eines Justizbeamten

Die landesweit für Disziplinarverfahren zuständige 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier hat einen Justizobersekretär wegen jahrelanger Verstöße gegen die Vorschriften des Nebentätigkeitsrechts aus dem Dienst entfernt.

Der beklagte Beamte hatte über einen Zeitraum von fünf Jahren (2009–2014) eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit als selbstständiger Hausverwalter ausgeübt und ein selbstständiges Hausmeistergewerbe betrieben, ohne die erforderliche Nebentätigkeitsgenehmigung einzuholen. Vielmehr hat er seinen Dienstherrn bewusst über den Umfang seiner Nebentätigkeiten getäuscht. Der Justizobersekretär hatte lediglich eine Genehmigung als Hausverwalter für eine Wohnungseigentümergeinschaft in einem zeitlichen Umfang von durchschnittlich zwei Wochenstunden und einer Hausmeistertätigkeit im Umfang von drei Wochenstunden. Er hatte jedoch umfangreichere Nebentätigkeiten in diesen Bereichen auch während der Dienstzeit und in Zeiten der Erkrankung sowie unter Inanspruchnahme eines dienstlichen PC ausgeübt. Dabei ist es regelmäßig zu Rückständen in der ihm dienstlich obliegenden Sachbearbeitung gekommen.

Gegen die Entscheidung können die Beteiligten innerhalb eines Monats Berufung beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz einlegen.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung VG Trier,  
Urteil vom 17. November 2015, Az.: 3 K 1253/15.TR*

## ► GENEHMIGTER UMFANG EINER NEBENTÄTIGKEIT Beamtin muss Nebenverdienstvergütung teilweise abliefern

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat die Klage einer Beamtin gegen die Aufforderung, ihre Nebentätigkeitsvergütung teilweise an den Dienstherrn abzuliefern, abgewiesen. Die Klägerin übt seit mehreren Jahren eine genehmigte Nebentätigkeit als Dozentin an einer Hochschule des Landes im Fachbereich Sozialwissenschaften aus. Nachdem sie mitgeteilt hatte, sie habe im Jahr 2012 aus ihrer Nebentätigkeit eine Vergütung in Höhe von 6.122,16 Euro erhalten, forderte das Land sie auf, davon einen Betrag in Höhe von 1.729,16 Euro an die Landeskasse abzuführen. Nach Abzug der anerkannten Aufwendungen übersteige die Nebentätigkeitsvergütung in dieser Höhe die jährliche Vergütungshöchstgrenze von 4.300,00 Euro. Eine Ausnahme sei nicht möglich, weil ihre Tätigkeit an der Hochschule

nicht ausschließlich der Ausbildung des Nachwuchses des Dienstherrn diene.

Dagegen hat die Klägerin nach erfolglosem Widerspruch Klage erhoben. Sie ist der Meinung, eine Ausnahme von der Ablieferungspflicht liege vor, weil allein sechs Studierende ihrer Lehrveranstaltung in den vergangenen Jahren bei einem Landgericht im Bereich der Bewährungshilfe eingestellt worden seien. Eine Aus- und Fortbildung von Nachwuchs des Dienstherrn liege damit vor.

Die Klage hatte keinen Erfolg. Das beklagte Land, so die Koblenzer Richter, habe den genannten Betrag zu Recht zurückgefordert. Insbesondere könne die Klägerin sich nicht auf eine Ausnahme von der Ablieferungspflicht

## ► GERICHTSURTEILE Unfallversicherung bei öffentlicher Schulveranstaltung

Das Sozialgericht Trier wie auch der 3. Senat des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz entschieden im Verfahren gegen die Unfallkasse, dass bei einer öffentlichen Schulveranstaltung wie beispielsweise bei einem „Frühlingsrockfest“ ein Unfallversicherungsschutz bestehe, wenn eine ausreichende tatsächliche Einwirkungsmöglichkeit der Schulleitung auf die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung gegeben sei. Maßgeblich sei, dass Schüler und insbesondere auch deren Eltern bzw. deren Erziehungsberechtigten zweifelsfrei davon ausgehen können, dass es sich um eine schulische Veranstaltung handle, bei der die teilnehmenden Schüler auch ordnungsgemäß beaufsichtigt würden. Auch der Aufenthalt vor dem Veranstaltungsraum gehöre zu den versicherten Tätigkeiten.

*Ra/Quelle: Pressemeldung 12/2015 Landessozialgericht RP  
vom 3. September 2015*



Foto: www.fotolia.de

berufen. Denn ihre Tätigkeit als Dozentin an der Hochschule stelle keine Ausbildung des Nachwuchses des Dienstherrn im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Ausnahmeregelung dar. Eine Ausnahme von der Ablieferungspflicht komme daher nur noch in Betracht, wenn die Lehrtätigkeit ausschließlich der Ausbildung des Nachwuchses des Dienstherrn diene. Dies sei hier jedoch nicht der Fall.

Gegen diese Entscheidung können die Beteiligten die Zulassung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragen.

*hr/Quelle: Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 13. November 2015, 5 K 717/15.KO*

## ► RECHT AN SCHULEN

# Umgang mit Geschenken und Zuwendungen

## Was darf ein Lehrer als Geschenk annehmen?

**Die Verurteilung einer Berliner Lehrerin fand bundesweit Beachtung: Sie erhielt von Ihrer Klasse ein Geschenk im Wert von ca. 200 Euro. Obwohl jeder ihrer Schüler lediglich vier Euro hierfür hatte aufbringen müssen, wurde sie von einem Elternteil angezeigt und sollte 4.000 Euro Strafe zahlen. Ihr Dienstherr reagierte sofort und verschärfte die bestehende Vorschrift. Berliner Lehrer dürfen demnach Geschenke nur bis zu einem Wert von zehn Euro annehmen.**

Im folgenden Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu haben wir uns die Rechtslage im Umgang mit Geschenken von Schülern oder Eltern näher erläutern lassen.

### Wie ist die Rechtslage?

Bundesweit gilt hier eine Regelung nach dem Beamtenstatusgesetz (BeamtStG). Nach §42 BeamtStG dürfen Beamtinnen und Beamte keine Belohnungen, Geschenke oder sonstige Vorteile für sich oder eine dritte Person annehmen. Für eventuelle Ausnahmen ist die Zustimmung des Dienstherrn notwendig. Verstößt jemand gegen dieses Verbot, ist er verpflichtet, das Geschenk auf Verlangen dem Dienstherrn herauszugeben. Ähnliches steht ebenfalls im Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) mit dem Zusatz, dass Vergünstigungen unverzüglich dem Dienstherrn angezeigt werden müssen.

Sinn und Zweck dieser Regelungen ist es, den Anschein zu vermeiden, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst seien im Rahmen ihrer Tätigkeit für persönliche Vorteile empfänglich. Dadurch würde ihre objektive und unparteiische Amtsausübung beeinträchtigt.

Darüber hinaus gibt es bei vorsätzlicher Handlung auch im Strafgesetzbuch Regeln, die sich mit der Vorteilsnahme und Bestechlichkeit im Amt beschäftigen, §§ 331 ff StGB. Ein Verstoß wird mit einer Geldstrafe oder mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren geahndet. Wird ein Beamter straffällig, zieht dies außerdem Schadenersatzansprüche und disziplinarrechtliche Folgen nach sich. Dies geht im schlimmsten Fall bis zur Entfernung aus dem Amt oder zur Aberkennung des Ruhegehaltes (§ 59 Beamtenversorgungsg).



*Geschenke für Lehrer – wo liegt die Grenze?*

Foto: [www.fotolia.de](http://www.fotolia.de)

### Wie sieht die Rechtslage für rheinland-pfälzische Lehrkräfte aus? Gibt es, wie in Berlin, eine Bagatellgrenze von zehn Euro?

Neben den oben benannten Regeln gibt es in Rheinland-Pfalz Verwaltungsvorschriften und Richtlinien zur Korruptionsprävention für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup>. Hier geht es überwiegend um die Bekämpfung der Bestechung und Vorteilsnahme im Amt, Geschenke für Lehrer werden explizit behandelt.

Meines Erachtens gibt es in Rheinland-Pfalz keine feste „Wertgrenze“ mit der genauen Summe von zehn Euro, wie sie in Berlin nach dem oben erwähnten Vorfall festgelegt wurde. Allerdings wird auf dem Elternportal des Bildungsservers Rheinland-Pfalz empfohlen, dass bei Geschenken an Lehrer die Grenze von zehn Euro nicht überschritten werden sollte<sup>2)</sup>. Hier gibt es also auch eine so genannte Bagatellgrenze. Hierunter fallen neben dem Grenzwert von zehn Euro beispielsweise auch Zuwendungen wie Werbeartikel, Kugelschreiber, Kalender, also einmalige geringwertige Aufmerksamkeiten, die angenommen werden können.

**Wann muss ein Lehrer ein Geschenk zurückzuweisen? Können Geschenke angenommen werden, wenn sie nicht persönlich genutzt werden, sondern allgemein der Lehrerschaft bzw. der Schulgemeinschaft zur Verfügung gestellt**

### **werden (Blumen, Bücher, Geldgutscheine), um Eltern oder Schüler nicht zu brüskieren?**

Bei allen Geschenken ist darauf zu achten, in welcher Situation der Lehrer oder eventuell auch dessen Angehörige ein Geschenk erhalten und wer es schenkt. Entsteht der Eindruck, das Geschenk könnte einen Einfluss auf eine Entscheidung nehmen, sollte es abgelehnt werden.

Erhält ein Lehrer beispielsweise ein Abschlussgeschenk von der gesamten Klasse am Schuljahresende, kann dies akzeptiert werden und ist anders zu beurteilen als ein Geschenk von einzelnen Eltern eines Schülers in Zusammenhang mit einer Versetzungsentscheidung oder einer Grundschulempfehlung. Im letzteren Fall wird ein deutlich strengerer Maßstab anzulegen sein.

Geschenke von Schülern mit eher ideellem Wert (z. B. Bastelarbeiten) können grundsätzlich angenommen werden.

Haben Lehrer Zweifel, ob das Geschenk noch angemessen ist oder nicht, sollten sie in jedem Fall die Zustimmung des Schulleiters einholen. Ob sie in Absprache mit ihrem Dienstherrn das Geschenk annehmen oder nicht: In jedem Fall sollte die Entscheidung transparent und nachvollziehbar sein.

Zu beachten ist, „Geschenke“ sind nicht nur Gutscheine und Sachwerte, sondern können auch Dienstleistungen oder Vergünstigungen wie Ansichtsexemplare von Schulbüchern, freier Zirkuseintritt, kostenloser oder begünstigter Fotosatz im Rahmen einer Aktion von Schulfotografie etc. sein. Hier

ist immer im Einzelfall abzuwägen, ob solche Zuwendungen den Anschein erwecken könnten, man sei für persönliche Vorteile empfänglich.

### **Können Schulelternbeiräte und Schüler selbstverwaltungen Richtwerte für Geschenke festlegen? Sind Eltern und Schüler auch an Bagatellgrenzen gebunden?**

Natürlich können Schulelternbeiräte und Schüler selbstverwaltungen eigene Richtlinien für Geschenke festlegen. Sie müssen sich jedoch an die geltenden Regeln und Gesetze halten. Dabei gilt folgendes: Geschenke von Einzelpersonen unterliegen einer besonders strengen Abwägung. Sie sollten den Betrag von ca. zehn Euro nicht überschreiten und sind transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren, im Zweifel ist der Schulleiter hinzuzuziehen.

Geschenke, die von Eltern und Schülern am Jahresende als Dankeschön an die Lehrer überreicht werden, sind in einem angemessenen Rahmen zu halten. Sollte ein Lehrer den Eindruck haben, das Geschenk überschreite das übliche Maß, kann er es immer noch der Klasse, der Schule oder sonstigen schulinternen Einrichtungen übergeben.

*Die Fragen stellte Wilfried Rausch*

<sup>1)</sup> <http://fm.rlp.de/de/themen/verwaltung/korruptionspraevention/>

<sup>2)</sup> <http://eltern.bildung-rp.de/weitere-informationen/sponsoring-und-korruptionspraevention.html>



**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



► „WORK-LIFE-BALANCE“

Im Lehrerberuf Schule, Privates und Soziales unter einen Hut bringen!

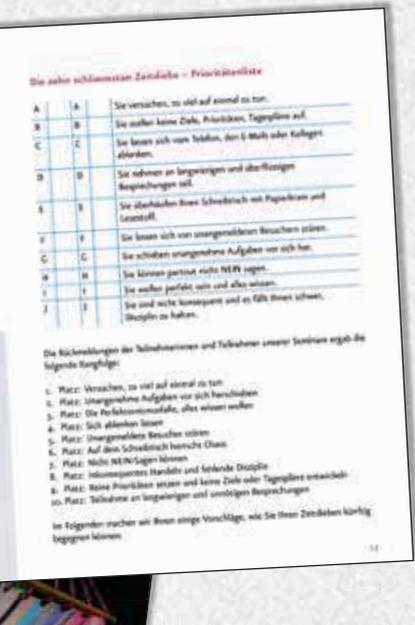
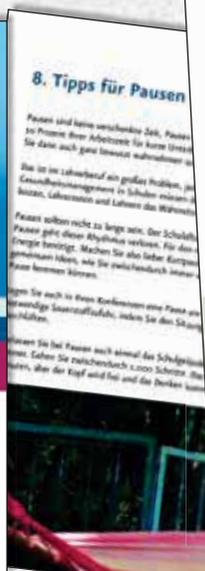
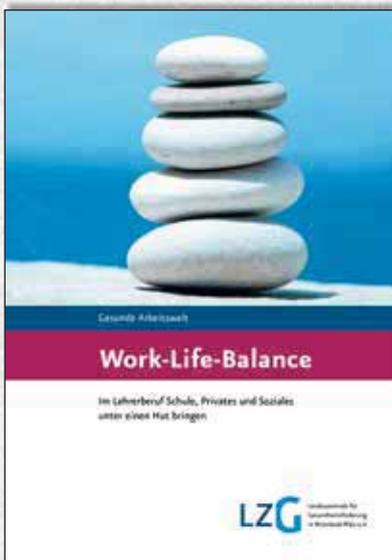
Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) hat für Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte in Schulen sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eine Broschüre zum Thema „Work-Life-Balance“ herausgegeben.

Die Broschüre entstand auf der Grundlage von Fortbildungen zum Thema „Work Life Balance“, die die LZG über viele Jahre für Schulbedienstete angeboten hat. Anhand konkreter Erfahrungen dieser Zielgruppe mit Überlastung im Arbeitsumfeld will die Broschüre hilfreiche Tipps zu den Themen Arbeitsorganisation, Prioritätensetzung und Zeitmanagement vermitteln. Gleichzeitig soll Motivation hiermit zu einem gesundheitsge-

rechten Lebens- und Arbeitsstil geschaffen werden. Für die LZG sind Gesundheitsförderung und Prävention eine wichtige Aufgaben von Schule und Schulentwicklung.

Die Broschüre, die im Rahmen des Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen GESUND LEBEN LERNEN erschienen ist, kann als Download ([www.lzg-rlp.de/service/publikationen/thema-familie-und-junge-menschen/#c3981](http://www.lzg-rlp.de/service/publikationen/thema-familie-und-junge-menschen/#c3981)) oder in Druckfassung kostenfrei von der LZG bezogen werden.

Ra



VRB-Hauptversammlung mit Neuwahlen des geschäftsführenden Landesvorstandes

10. März 2016 • Ingelheim

Fridtjof-Nansen-Akademie

Ministerin Vera Reiß hat ihre Teilnahme zugesagt.



*Bildung real  
zukunftsorientiert*

## Pinnwand

### ► DIGITALER BILDUNGSPAKT AM „TAG DER BILDUNG“ Digitale Lernmittel für Flüchtlingskinder?

Ein „digitaler Bildungspakt“ soll zukünftig die Digitalisierung im deutschen Bildungswesen beschleunigen – das strebt zumindest der Software-Konzern Microsoft an. Den „Tag der Bildung“ nahm Microsoft zum Anlass, für mehr Digitales in Klassenräumen und Kindergärten zu werben. Die Fähigkeiten zur Nutzung digitaler Technologien sind nicht nur ein elementarer Bestandteil der meisten Berufe, sie sind auch entscheidend für die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort. Besonders aktuell ist aber der Vorschlag, mit digitalen Lernmitteln Flüchtlingskindern Sprachkenntnisse zu vermitteln.

Der von Microsoft angeregte „digitale Bildungspakt“ würde vorsehen, dass sich Bund, Länder,

Bildungsträger, Eltern, Lehrer und Vertreter der Wirtschaft zusammentun, um die Modernisierung des deutschen Bildungswesens hinsichtlich digitaler Konzepte voranzutreiben. Schließlich liegt Deutschland laut der aktuellen internationalen Vergleichsstudie ICILS beim Thema Digitale Bildung nur im Mittelfeld, während der EU-Kommission zufolge etwa 90 Prozent aller Berufe digitale Kompetenzen erfordern.

Geradezu enthusiastisch wird diese Idee vom Bundesverband mittelständischer Wirtschaft unterstützt, der vor allem die Wichtigkeit digitaler Bildungsstandards betont, um im internationalen Konkurrenzkampf nicht abgehängt zu werden. Gerade bei dem aktuellen Thema



Foto: www.fotolia.de

Flüchtlinge erscheinen digitale Programme als große Chance. Schließlich sei der so unterstützte Spracherwerb der „Schlüssel zu Integration“.

Fazit: Trotz der kaum ganz uneigennütigen Ideen Microsofts dürfte der Vorschlag – sowohl in Bezug auf die zunehmende Digitalisierung der Berufswelt wie auch mit Blick auf die Flüchtlingskinder – ein guter Impuls sein.

wü/Quellen: <http://bildungsklick.de/pm/95037/microsoft-ruft-zu-digitalem-bildungspakt-auf>  
[www.heise.de/newsticker/meldung/Microsoft-regt-Digitalen-Bildungspakt-in-Deutschland-an-3029265.html](http://www.heise.de/newsticker/meldung/Microsoft-regt-Digitalen-Bildungspakt-in-Deutschland-an-3029265.html)

### ► DEUTSCHE VERGANGENHEIT „Mein Kampf“ im Geschichtsunterricht?

Ab Januar ist Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ als von Historikern kommentierte Ausgabe wieder im Handel erhältlich. Nun stellt sich die Frage, ob das Werk auch im Schulunterricht behandelt werden soll. Dafür spräche, dass es gerade in Zeiten von AfD und Flüchtlingsfrage wichtig ist, junge Menschen über rechtsextremistische Propagandamechanismen aufzuklären und diese damit unwirksam zu machen.

Sowohl der Deutsche Lehrerverband als auch die SPD haben sich dafür ausgesprochen, Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ auch im Geschichtsunterricht zu behandeln. In erster Linie gehe es darum, „diese antisemitische menschenverachtende Kampfschrift historisch zu entlarven und den Propagandamechanismus zu erklären“, argumentiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ernst Dieter Rossman. Durch die „kritische Auseinandersetzung“ mit dem Werk solle die „Widerstandsfähigkeit gegen aktuelle Verführungen und Gefährdungen“ gestärkt werden.

Verbandspräsident Josef Kraus setzt sich mit ähnlichen Argumenten für die Behandlung von

„Mein Kampf“ im Geschichtsunterricht ein: „Denn was für die Schulen verboten wäre [...] erfreut sich, zum Beispiel via Internet, besonderer Nachfrage.“ Da sei es besser, die Rezeption des Werkes von Seiten der Schulen selbst in die Hand zu nehmen. Die Hetzschrift würde allerdings nur in der Oberstufe behandelt werden, also mit Schülern ab 16 oder 17 Jahren.

Doch es gibt auch Gegenstimmen: Charlotte Knobloch, die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, lehnt eine Verwendung von „Mein Kampf“ im Schulunterricht strikt ab und bezeichnet eine solche als „unverantwortlich“. Eine erkenntnisorientierte Aufarbeitung der NS-Zeit und des Holocaust sei auch ohne die Lektüre des Werkes möglich.

Fazit: Eine Sache wird nicht weniger gefährlich, wenn man sie unter Verschluss hält. Im Gegenteil, sie wird dadurch nur zum Mythos erhoben. Viel effektiver ist es, sie offenzulegen, zu erklären, als widersinnig zu entlarven und zugleich ihre Wirkung, ihre Folgen verständlich zu machen. „Mein Kampf“ nicht im Unterricht



Foto: www.ifz-muenchen.de, Institut für Zeitgeschichte

zu verwenden, käme dem Eingeständnis gleich, dass diese Schrift nach wie vor als Propagandamittel Macht besitzt, und genau diese auch erwecken kann. Will man verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt, muss man sie erst verstehen. Und dieses Werk stellt eben einen nicht unwesentlichen Bestandteil dessen dar, das man verstehen muss, wenn man wirklich begreifen will, wie in Deutschland etwas so unvergleichlich Schreckliches geschehen konnte.

wü/Hintergrund: [www.faz.net/aktuell/feuilleton/kommentierte-ausgabe-ministerin-will-mein-kampf-im-unterricht-lesen-lassen-13983450.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kommentierte-ausgabe-ministerin-will-mein-kampf-im-unterricht-lesen-lassen-13983450.html)  
[www.spiegel.de/schulspeigel/mein-kampf-lehrerverband-will-lektuere-an-schulen-a-1068600.html](http://www.spiegel.de/schulspeigel/mein-kampf-lehrerverband-will-lektuere-an-schulen-a-1068600.html)

## ► BEZIRKSVERSAMMLUNGEN

# „Bitte geben Sie Ihren Zielort ein ... die Route wird berechnet“

**Auf Bezirksversammlungen im Herbst letzten Jahres haben es sich die Bezirke Neustadt, Koblenz und Trier zur Aufgabe gemacht, den einzelnen Parteien mit Blick auf die Landtagswahl im März 2016 bildungspolitisch auf den Zahn zu fühlen. Zu allen Versammlungen wurden Vertreter der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU und der FDP zu Podiumsdiskussionen eingeladen.**



*„In Neustadt sorgte Michael Eich (2.v.l.) dafür, dass alle Fragen, die die rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer aktuell bewegen, beantwortet wurden ...“ Die Podiumsteilnehmer: Martin Brandl (CDU), Petra Fischer-Wolfert (Bündnis 90/Die Grünen) und Moritz Mergen (FDP). Der SPD-Vertreter war kurzfristig verhindert.*

Kompetent und souverän wurden die Gesprächsrunden von den Bezirksvorsitzenden bzw. deren Stellvertretern geleitet. In Neustadt sorgte Michael Eich dafür, dass alle Fragen, die die rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer aktuell bewegen, beantwortet wurden. Timo Lichtenthäler und seine beiden Stellvertreter Marion Bellinger und Heinz-Jörg Dähler forderten in Koblenz von den Politikern Antworten ein, während diese Aufgabe in Trier Erwin Schneider mit den beiden Stellvertretern Katharina Becker und Peter Quint übernahm. In den Fokus der Debatten wurden aktuelle bildungspolitische Themen genommen.

### Stärkung der Realschule plus

Die Schulstrukturreform von 2009 wurde kritisch beleuchtet. Hier sind sich die Parteien einig, dass die Realschule plus als Schulart noch mehr Stärkung erfahren muss. Als eine Möglichkeit wurden von den Parteien die Anpassung der Ressourcen und der Ausbau der Funktionsstellen beschrieben. Bettina Dickes (CDU) betonte, dass eine ihrer Forderungen die rechtliche

Angleichung an die Regelungen an den Gesamtschulen auch mit Blick auf den Anmeldetermin sei.

Kritisch wurde auch das gesellschaftliche Ansehen der Realschule plus betrachtet. Die Anerkennung in Wirtschaft und Gesellschaft muss weiter verbessert werden. Es wurden mögliche Gründe genannt, warum diese Schulart so unterschiedlich wahrgenommen wird. Die Vertreter von Bündnis 90/ Die Grünen sehen sich in ihrer Forderung nach „einer Schule für alle“ bestärkt. Sie begründen dies mit der Möglichkeit, an einer IGS alle Abschlüsse erwerben zu können. Moritz Mergen (FDP) sieht das Problem als politisch gemacht, da die Schulstrukturreform „nur halb finanziert“ wurde. Martin Brandl (CDU) sieht zwei Möglichkeiten, um das Image der Realschulen plus zu stärken: Die Abschlussprüfungen am Ende der 10. Klassen und den weiteren Ausbau der Berufswahlorientierung. Den Schwerpunkt der Berufswahlorientierung und den vom VRB mitgestalteten Ausbau der FOS sieht die SPD bereits als Kernelemente der Realschulen plus.

### Arbeitsplatz Schule

Natürlich wurde auch der Lehrerberuf mit all seinen Facetten diskutiert. Die Vertreter der Parteien wurden von den Bezirksvorsitzenden mit den VRB-Appellen nach einer Reduzierung des Stundendeputats konfrontiert, die aufgrund der ständig zunehmenden unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Arbeitsbelastungen dringend notwendig sei. Um diesen Forderungen gerecht zu werden, wurde die Einsetzung didaktischer Koordinatoren für größere Schulen als wertvoller Schritt in die richtige Richtung begrüßt.



*„...Timo Lichtenthäler (3.v.r.) und seine beiden Stellvertreter Marion Bellinger (r.) und Heinz-Jörg Dähler (2.v.r.) forderten in Koblenz von den Politikern Antworten ein, ...“ Die Podiumsteilnehmer: Benedikt Oster (SPD), Moritz Mergen (FDP), Elisabeth Bröskamp (Bündnis 90/Die Grünen) und Bettina Dickes (CDU).*



„...während diese Aufgabe in Trier Erwin Schneider (l.) mit den beiden Stellvertretern Katharina Becker (2.v.l.) und Peter Quint (r.) übernahm.“ Die Podiumsteilnehmer: Bettina Dicks (CDU), Moritz Mergen (FDP) und Bettina Brück (SPD).

In diesem Kontext kamen auch die Forderungen nach kleineren Klassen und die Optimierung der Unterrichtsversorgung zur Sprache. Diesen Anliegen, deren Umsetzung auch die Qualität des Unterrichts weiter steigern würde, wurde viel Beachtung geschenkt. Die CDU hat die VRB-Forderung nach einer Unterrichtsversorgung von 100% + x übernommen. FDP und SPD erachten das grundsätzlich begrüßenswerte Ziel, aber aufgrund des finanziellen Spielraums für nicht realisierbar. Sie setzen andere Schwerpunkte, zum Beispiel die Erhöhung von Inklusionshilfen.

### Einstellungssituation

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Einstellungssituation. Die SPD zeigte sich nicht gänzlich unzufrieden mit der Situation der Vertretungsverträge, da 60% der Verträge in den Sommerferien durchbezahlt werden. Ferner bietet der Landeshaushalt derzeit geringe Spielräume. Die CDU forderte, möglichst alle Vertretungsverträge gerade jetzt in Planstellen umzuwandeln. Auch die FDP sieht, dass der Umgang mit Vertretungslehrern dringend verbessert werden muss. Moritz Mergen (FDP) betonte, dass dies auch etwas mit Wertschätzung zu tun habe und ging weiter darauf ein, dass die Lehrerinnen und Lehrer in ihren Tätigkeiten weit über das Unterrichten hinausgehen (müssen) und forderte folglich Entlastungen.

Zu Aufforderung des MBWWK, Deutsch im Ehrenamt zu unterrichten, nahmen die Parteien unterschiedlich Stellung. Man war sich einig, dass das Ehrenamt notwendig sei, um mit dem aktuellen Flüchtlingsstrom zurechtzukommen. Moralischer Druck dürfe jedoch nicht ausgeübt werden und eine Konkurrenzsituation mit Lehrkräften ohne Planstelle muss vermieden werden.

### Migration

Das Dauerthema Migration gehörte auch zu den Schwerpunkten aller Gesprächsrunden. Hier sieht die CDU einen Lösungsweg in der Bildung von Vorlaufklassen mit einem stärkeren Angebot an Deutschintensivkursen. Der Ausbau der Förderkurse sollte, so die SPD, auch mit einer besseren Ausstattung der Volkshochschulen einhergehen. Ferner fordert die FDP zusätzlich mehr Lehr- und Lernmaterial für den Förderunterricht.

Völlig gegen Vorlaufkurse sprachen sich die Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus. Sie fordern die Integration, die sie durch andere Kinder und Jugendliche, aber auch durch ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund erzielbar sehen.

### Reale Bildung als gemeinsames Ziel

„Bitte geben Sie Ihren Zielort ein .... – Die Route wird berechnet“, so lautete das Motto der Gesprächsrunden. Politische Vorstellungen und die Wahrnehmung der Realität vor Ort sind selten deckungsgleich. Die Lehrkräfte nahmen die Gelegenheit wahr, Situationen vor Ort im Einzelnen zu beschreiben und mit den Zielvorgaben abzugleichen. Den Pädagogen lag vor allem die Sicherung des Leistungsniiveaus an ihren Schulen am Herzen.

Saskia Tittgen mit Anna Becker,  
Gerhard Hein,  
Erwin Schneider und Ulrike Wedekind  
Fotos: Claus Brier, Holger Schwab,  
Wolfgang Wünschel



Benedikt Oster (SPD): Wir sollten einen Deckel auf die Studienfächerwahl setzen, damit erst gar nicht Fächerkombinationen studiert werden, die eine geringe Aussicht auf eine Planstelle haben.



Bettina Dicks (CDU): Die Realschule plus darf nicht „zur zweiten Wahl“ werden, sondern muss mit ihrem aufstiegsorientierten Angebot sowohl nach der neunten als auch nach der zehnten Klasse zukünftig eine attraktive Schulart bleiben.



Elisabeth Bröskamp (Bündnis 90/Die Grünen): Die Lösung ist „Eine Schule für alle“. Man muss sich keine Sorgen um den Berufsstand machen, da man an einer IGS alle Abschlüsse erwerben kann. Das kooperative Modell soll abgeschafft werden.



Moritz Mergen (FDP): In den letzten 10 Jahren wurden Lehrer zum Spielball von Ideologien, aber was sie brauchen ist Planbarkeit – für Berufliches und Privates.



► **BESTE SCHÜLERZEITUNG IN RHEINLAND-PFALZ**

## Die Schülerzeitung der Kaiser-Lothar-Realschule plus Prüm ist Landessieger

Beim Schülerzeitungswettbewerb des Bildungsministeriums, der im jährlichen Wechsel mit den großen Tageszeitungen in Rheinland-Pfalz stattfindet, wurde die Schülerzeitung IGEL Sieger in der Sparte Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe.

Außerdem wurde die Schülerzeitung mit dem Sonderpreis des Verbandes Reale Bildung (VRB) ausgezeichnet. Bildungsministerin Vera Reiß unterstrich nach der jetzt erfolgten Jury-Entscheidung: „Schülerzeitungen tragen ganz entscheidend zu einem offenen und diskussionsfreudigen Schulklima bei. Gute Schülerzeitungen und in besonderem Maße die jetzt ausgezeichneten sind aber auch ein Aushängeschild für die jeweilige Schule“.

Den Sonderpreis des VRB konnte das Redaktionsteam bereits jetzt in Empfang nehmen. Erwin Schneider, stellvertretender Landesvorsitzender und Schatzmeister Wolfgang Seebach waren eigens angereist, um den Schülerinnen und Schülern zu gratulieren. In ihrem Gepäck waren eine Urkunde, ein Scheck über 100 Euro für die Redaktionskasse sowie Erfrischungen für die Schülerredaktion.

Als Landessieger ist die Schülerzeitung IGEL automatisch für den Bundesentscheid qualifiziert, sodass die Spannung erhalten bleibt.



Fotos und Text:

Wolfgang Seebach und Erwin Schneider



Immer dabei: Das Maskottchen, dessen Namen die Schülerzeitung trägt

► FORTBILDUNG DER ÖRTLICHEN PERSONALRÄTE IN MUTTERSTADT

# Kollegialer Austausch stand im Zentrum der VRB-Fortbildung im Bezirk Neustadt



Am 17. November 2015 nahmen über vierzig Kolleginnen und Kollegen an der VRB-Fortbildungsveranstaltung für örtliche Personalräte des Bezirks Neustadt teil. Stellvertretend für den verhinderten Referenten für Personalvertretungsrecht Martin Radigk, führte der Bezirksvorsitzende Michael Eich durch die Veranstaltung und durfte neben vielen erfahrenen Personalräten auch zahlreiche junge Kolleginnen und Kollegen, die erstmals unsere Fortbildung besuchten, begrüßen.

Die VRB-Referenten Regina Bollinger, Saskia Tittgen und Benjamin Bajraktari informierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer u. a. über Neuerungen beim Dienst- und Schulrecht, über Änderungen bei neuen Vertragsabschlüssen im Kontext TV-L sowie über die anstehenden Lehrkräfte-Wechselprüfungen II.

Im Zentrum unserer Fortbildung stand die Beteiligung der anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Zu den verschiedenen The-

men wurden die bewährten Fragerunden durchgeführt, bei der nicht nur die VRB-Referenten Auskunft geben, sondern auch die örtlichen Personalräte ihre Erfahrungen aus der Praxis einbringen können.

Michael Eich bedankte sich für diesen kollegialen und fruchtbaren Austausch und lud die örtlichen Personalräte zu VRB-Fortbildungsveranstaltung im kommenden Frühjahr herzlich ein.



## ► FORTBILDUNG DER ÖRTLICHEN PERSONALRÄTE IN TREIS-KARDEN

# Information bieten und Austausch ermöglichen!

Zur gemeinsamen Schulung der örtlichen Personalräte aus den Bezirken Koblenz und Trier begrüßte der stellvertretende Landesvorsitzende Erwin Schneider am 18. November 2015 insgesamt 64 Kolleginnen und Kollegen.

Erwin Schneider hatte gemeinsam mit Benjamin Bajraktari, Katharina Becker, Heinz-Jörg Dähler, Wolfgang Seebach und Wilfried Rausch ein vielseitiges Themenpaket geschnürt. Die zahlreichen Rückmeldungen und die lebhaften Diskussionen verdeutlichten, dass die Themenauswahl das Interesse der Teilnehmer gefunden hatte.

Die Verbandsreferenten bestärkten die Personalräte in ihren Beiträgen, die Personalratsarbeit in den einzelnen Schulen selbstbewusst wahrzunehmen. Das Landespersonalvertretungsgesetz in Rheinland-Pfalz böte ihnen Gestaltungsmöglichkeiten, die sie nutzen sollten.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Wilfried Rausch umriss im Schlusswort die Zielsetzung der Verbandsschulung, eine umfassende Information zu bieten und einen regen an der Praxis orientierten Austausch zu ermöglichen. Er bedankte sich für den intensiven Austausch in Kleingruppen wie auch im Plenum, der Einblicke in das Alltagsgeschäft der örtlichen Personalräte wie auch Tipps und Hilfestellungen bot.



Bezirk Neustadt  
Fotos: Wü

Bezirke Koblenz und Trier  
Fotos: Rausch





„Happy Birthday!“

Der VRB gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

Foto: www.fotolia.de

## Bezirk Trier

### 83. Geburtstag

Josef Hilgers 19. März

### 78. Geburtstag

Horst F. Catrein 10. März

### 77. Geburtstag

Walter Philippi 13. Januar

Friedrich Tesch 3. März

### 76. Geburtstag

Ingrid Praus 17. Januar

### 75. Geburtstag

Klaus Nober 12. Januar

Herbert Pies 1. März

### 74. Geburtstag

Ruprecht Matuschek 24. Februar

### 73. Geburtstag

Jürgen Mayer 20. Januar

### 71. Geburtstag

Christiane Werner 6. Februar

Mechthild Büttner 10. Februar

## Bezirk Koblenz

### 90. Geburtstag

Maria Krupp 7. März

### 86. Geburtstag

Gabriele Rodenstock 19. März

### 84. Geburtstag

Charlotte

Hüsch-Ripplinger 2. März

### 78. Geburtstag

Dieter Seidenberg 12. Januar

Wilfried Kälicke 14. März

### 77. Geburtstag

Ernst Pobloth 31. März

### 76. Geburtstag

Ludwig Chmela 3. März

Hans Bergmann 18. März

Helmut Kollig 28. März

### 75. Geburtstag

Evelyn Czybulka 10. März

### 72. Geburtstag

Gerwig Adam 13. Februar

Ursula Giesen 24. Februar

Dieter Zorbach 28. Februar

Klaus Ginter 26. März

### 71. Geburtstag

Traute Backes 27. Januar

Detlef Heep 5. Februar

### 70. Geburtstag

Hannelore Griesel 22. Februar

Hans-Peter Wüst 17. März

Irmtraud Schneider 20. März

**Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.**

## Bezirk Neustadt

### 83. Geburtstag

Berthold Hauck 23. Januar  
 Norbert Freiermuth 25. Januar

### 81. Geburtstag

Rainer Jung 17. Februar

### 80. Geburtstag

Roland Speitel 14. Januar  
 Gerhard Sattel 15. Februar  
 Kunibert Stanko 26. März

### 79. Geburtstag

Rudolf Klöckner 8. Januar  
 Arno Wolff 13. März

### 78. Geburtstag

Bernd Werdich 26. Januar  
 Frank Peter Mutzbauer 27. Januar  
 Nordfrid Schiller 12. Februar  
 Werner Lugenbühl 21. Februar

### 77. Geburtstag

Georg Stenner 18. Januar

### 76. Geburtstag

Reinhard Kermann 22. Februar

### 75. Geburtstag

Klaus-Jürgen Pohlit 3. Februar  
 Axel Hübler 16. Februar  
 Edeltraut Bäuerlein 21. März

### 74. Geburtstag

Heidemarie Stappert 8. Februar

### 73. Geburtstag

Gudrun Lorenz 20. Januar  
 Karl-Heinz Heblich 2. Februar  
 Bernd Holler 16. Februar  
 Ursula Fischer 17. März

### 72. Geburtstag

Hartmut Petrus 21. Januar  
 Brigitte Herbert 22. Januar  
 Heinz Mahlerwein 5. Februar  
 Dietmar Gottlieb 13. März

### 71. Geburtstag

Dr. Peter Willenbacher 7. Februar

### Ab 1. Januar 2016 Neuregelung beim Kindergeld: Angabe der Steuer-Identifikationsnummer erforderlich

Neuanträge müssen die Steuer-Identifikationsnummern enthalten. Eltern, die bereits Kindergeld beziehen und die Steuer-Identifikationsnummern noch nicht angegeben haben, können den Kindergeldbezug sicherstellen und Rückfragen vermeiden, indem sie ihrer Familienkasse die Steuer-Identifikationsnummern mitteilen. Die Familienkassen werden es grundsätzlich nicht beanstanden, wenn die Angaben im Laufe des Jahres 2016 nachgereicht werden.

Fragen und Antworten zur Angabe der Steuer-Identifikationsnummer ab 1. Januar 2016 beim Kindergeld finden sich unter folgendem Link der Landesfamilienkasse: [www.bzst.de/DE/Steuern\\_National/Kindergeld\\_Fachaufsicht/Kindergeldberechtigte/FAQ/KG\\_Berechtigte\\_FAQ\\_IDNr\\_node.html#faq47018](http://www.bzst.de/DE/Steuern_National/Kindergeld_Fachaufsicht/Kindergeldberechtigte/FAQ/KG_Berechtigte_FAQ_IDNr_node.html#faq47018)

Wü

+++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN



### Bezirksversammlungen mit Neuwahlen der Bezirksvorstände

- Koblenz (außerordentlich): 3. Mai 2016 • Koblenz-Waldesch
- Neustadt: 27. April 2016 • Mutterstadt
- Trier: 10. Mai 2016 • Mertesdorf

Schriftliche Einladungen werden an alle Mitglieder in den Bezirken postalisch zugesandt.

► „SCHÖN WAR DIE ZEIT!“

# Klaus-Peter Wyrwoll zum 80. Geburtstag

## Eine Würdigung



Margit Lenarz gratuliert dem Jubilar im Auftrag des Bezirksverbandes Koblenz

Foto: Wü

**1990 feierte der VDR Rheinland-Pfalz seinen 40. Geburtstag. Bernd Karst, damals Schriftleiter der Verbandszeitschrift, hatte die Idee, die Landesvorsitzenden seit 1965 zu einer Gesprächsrunde zusammenzuholen: Werner Schappert (1965–1975), Klaus-Peter Wyrwoll (1975–1981) und Heinz-Dieter Heers (seit 1981). Daraus entstand der Beitrag „Momentaufnahmen aus Vergangenheit und Gegenwart“. Er war beim Blick auf den Jubilar Klaus-Peter Wyrwoll eine Fundgrube.**

25 Jahre nach diesem Interview, im Dezember 2015, überbrachten wir Klaus-Peter Wyrwoll die Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstag. Dies war auch eine Gelegenheit, Themen-Brücken über ein Vierteljahrhundert rheinland-pfälzischer Schulpolitik zu schlagen.

Klaus-Peter Wyrwoll (geboren am 27. November 1935 in Neisse/Schlesien) studierte von 1957–1962 Philosophie, Anglistik, Geschichte und Theologie an der Universität Frankfurt/Main. 1964 legte er die Realschullehrerprüfung in Englisch, Geschichte und Kath. Religion ab. 1964–1966 unterrichtete er an der Clemens-Brentano-Realschule Koblenz, von 1966–1971 an der Realschule Cochem. 1971 wurde er Schulleiter an der Realschule Mayen.

Seine „Stationen“ im VDR: 1966–1969 Bezirksvorsitzender des VDR-Koblenz, 1969–1975 stellvertretender Landesvorsitzender, 1975–1981 Landesvorsitzender. Wyrwoll meinte dazu, dass er eigentlich mehr aus Zufall in die Verbandsarbeit hineingerutscht sei. Brav habe er eine Bezirksversammlung besucht, von der er unversehens als gewählter Bezirksvorsitzender heimkehrte.

Wyrwoll übernahm das Amt des Landesvorsitzenden in einer Zeit, als der Aufwärtsentwicklung der Realschule erste spürbare Grenzen gesetzt wurden. Fortschritte wurden mehr im Stillen erzielt. „Ein Kennzeichen der VDR-Arbeit war, daß dieser Verband ohne großes Tönen in der Öffentlichkeit ganz konkrete Hilfen geleistet hat, und zwar vor allem jenen, die besondere Unterstützung brauchten. Ich denke beispielsweise an die Referendare oder an die Kollegen mit sog. kleinen Dienstverträgen.“

Als Landesvorsitzender war Klaus-Peter Wyrwoll kein bequemer Verhandlungs- und Gesprächspartner. Werner Schappert beschrieb ihn so: „Die im politischen Bereich oft anzutreffende Strategie der geschmeidigen Anpassung, die nicht selten mit Verlust an Individualität und persönlichem Profil Hand in Hand geht, war nicht seine Sache. Die Haltung der Zivilcourage war Klaus-Peter Wyrwoll in hohem Maße zu eigen.“

Wyrwoll hatte als Landesvorsitzender mit Kultusministerin Dr. Hanna-Renate Laurien zu verhandeln. „Laurien hat gekämpft. Sie hat sehr unter Zwängen gestanden, aber sie war äußerst eigenständig und hat sich oft über die Fraktion hinweggesetzt, weshalb sie ja auch bei parteiinternen Wahlen meistens sehr schlecht abgeschnitten hat. Vogel hatte eine Gesamtkonzeption. Laurien hingegen setzte viele Detailkonzepte auf einer hohen fachlichen Ebene um.“

Übereinstimmung bestand schon in der damaligen Gesprächsrunde darin, dass die Lehrkräfte grundlegende Arbeit im Vorfeld der Pädagogik zu leisten haben. Wyrwoll: „Wenn ich heute als Religionslehrer in Klasse 5 unterrichte, sehe ich mich als denjenigen an, der den Schüler – neben der Glaubensvermittlung – erst einmal sozialfähig macht.“

Eine damals angedachte Studentenfelkürzung hinterfragte Wyrwoll kritisch und weitsichtig: „Von daher müssen wir die Frage stellen, ob der Schüler weniger Zeit in der Schule verbringen soll. Er müsste



Klaus-Peter Wyrwoll im Gespräch mit Ministerpräsident Bernhard Vogel

Foto: VDR



1978: Festveranstaltung „20 Jahre Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz“. Landesvorsitzender Wyrwoll überbringt die Glückwünsche des Landesverbandes.

Foto: VDR

eigentlich viel mehr Zeit in der Schule verbringen. ... Aber in einer derzeitigen Organisationsform unserer Vormittagsschule müsste man zumindest davon ausgehen, dass die Lehrer Zeit zur Pädagogik erhalten, dass sie in die Lage versetzt werden, den Schüler zu erziehen. Die Einstundenfächer z. B. sind pädagogisch höchst fragwürdig, weil der Lehrer dort nur noch der Dozent ist.“

Die Frage, was für Klaus-Peter Wyrwoll als persönliche Erinnerung haften blieb, nachdem er sich als Landesvorsitzender über viele Jahre hinweg für Personen und Ideen eingesetzt hat, beantwortete er so: „Es waren hilfreiche Erfahrungen im Umgang mit Menschen. Die Bedürfnisse von Menschen, hier von Lehrern, in die Politik einzubringen, das ist wohl der Hauptgrund gewesen, warum ich im VDR mitgewirkt habe. Wir haben immer aus der Schule und für die Schule gearbeitet. Deshalb waren wir auch nie Funktionäre. Als Landesvorsitzender spürte ich, dass ich manchmal bis zur physischen Erschöpfung arbeitete.“ Wyrwoll fügte hinzu, dass manche Kollegen den persönlichen Einsatz als selbstverständliche Dienstleistung gesehen hätten. Er sah darin die Gefahr, dass sich eine Dienstleistungsmentalität entwickeln könnte: Und wenn Kollegen fragen: „Was macht der VDR?“ dann müsse man antworten: „Der VDR, das sind wir alle!“ Dieser Grundsatz gilt gleichermaßen für unseren aus dem VDR hervorgegangenen VRB.

Als Margit Lenarz und ich 25 Jahre nach diesem Interview Klaus-Peter Wyrwoll zu seinem 80. Geburtstag die Glückwünsche des Landesverbandes und des Bezirksverbandes Koblenz überbrachten, trafen wir auf einen Menschen, der nach wie vor klar Position bezieht, Verantwortung übernimmt und keineswegs in der Vergangenheit lebt.

Die Schulreform hat er kommen sehen. Am Horizont sei sie schon zu Zeiten Hanna-Renata Lauriens erkennbar gewesen.

Zur Ganztagschule steht er immer noch. Für sie sieht er eine ganztägig durchgehende Organisationsform mit einem ausgebildeten Klassenleitersystem, das Erziehungsverantwortung übernimmt.

In der aktuellen Herausforderung, Flüchtlinge zu integrieren, müssen die Schulen jede Unterstützung haben, pädagogisch tätig zu werden. Darüber hinaus definiert er Schule als Teil und Unterstützerin der Gesellschaft. Von Schule können Wellen ausgehen in die Gesellschaft hinein, „Ja“ zu sagen und zu helfen.

Auf die Frage, was er im Blick zurück anmerken möchte, betont Klaus-Peter Wyrwoll: „Es war eine schöne Zeit. Die Tätigkeit in Verband und Schule haben mir Möglichkeiten gegeben, den Aktionskreis über Mayen hinaus auszudehnen und den Horizont zu erweitern.“

Seine Ehefrau Christiane Wyrwoll, die an der Gesprächsrunde teilnahm, bestätigte auch für sich, dass es gute Zeiten waren: „Mein Mann war glücklich in der Schule. Und seine Arbeit im Verband gehörte auch zu den guten Zeiten.“

Wir wünschen Klaus-Peter Wyrwoll alles Gute zum 80. Geburtstag!




 KlarText!

## Vor der Wahl

### Gute Schulen brauchen eine gute Bildungspolitik

**Am 13. März 2016 sind die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer aufgerufen, ihre Stimme bei der Landtagswahl abzugeben und ein neues Landesparlament zu wählen. Wir alle werden an diesem Tag und in den Wochen danach gespannt auf die Entwicklungen in der Landeshauptstadt blicken. Die Themen Bildung und Schule spielen schon jetzt im Wahlkampf eine bedeutende Rolle. Der Ausgang der Landtagswahlen kann zu Veränderungen im Schulbereich führen.**

Gesellschaftliche Veränderungen gehen nicht spurlos an der Schule vorbei. Schulen müssen flexibel, dynamisch und zukunftsfähig reagieren. Das erwartet die Gesellschaft, das fordert die Wirtschaft und das gestaltet schließlich die Politik.

Für den VRB ist eines Fakt und in den Grundzügen nicht diskutierbar: Eine qualifizierte Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen bedarf kontinuierlicher Investitionen im Bildungsbereich

zur Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsarbeit. Eine vermeintlich angespannte Haushaltslage kann nicht als Argument dienen, um notwendige Maßnahmen hinauszuzögern oder abzulehnen. Politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen haben neue Herausforderungen geschaffen. Man denke nur an Inklusion und Migration, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz Schule nicht zufriedenstellend bewältigt werden können.

**KlarText:** Wir fordern konsequent eine reale und zukunftsorientierte Bildungspolitik, die den Gegebenheiten in allen Facetten gerecht wird. Ganz egal, welche Partei das Bildungsressort künftig zu verantworten hat, die neue Landesregierung muss sich daran messen lassen, was sie für die Zukunft der Schule und somit in die Zukunft der Kinder investiert. Gute Schulen brauchen auch eine gute Schul- und Bildungspolitik.


 Timo Lichtenhauer

# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Schatzmeister Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 32 12/9 65 73 31**  
**E-Mail: schatzmeister@vrb-rlp.de**

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....
- Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar .....
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

(sofern bekannt) IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Alterszeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

**Beurlaubte, Pensionäre**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

**Ehegatten, Lebenspartner**

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

**Lehramtsanwärter**

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



Bildung real  
zukunftsorientiert



Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

# EINLADUNG

zur öffentlichen Veranstaltung im Rahmen  
der 26. Hauptversammlung

Donnerstag, 10. März 2016 • 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr  
Fridtjof-Nansen-Akademie • Wilhelm-Leuschner-Straße 61 • Ingelheim

Begrüßung und Eröffnung

Grußworte

**Table-Talk: „Schule 2016-2021“**

mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien

**Rede der/des Landesvorsitzenden**

**„Bildung real – zukunftsorientiert“**

Bildungsministerin **Vera Reiß**

**Musikalische Umrahmung**

Bläserensemble der Rochus-Realschule plus Bingen  
mit Fachoberschule unter Leitung von Hans-Jörg Fiehl



„like us“ auf facebook.com: VRB RLP

www.vrb-rlp.de